Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprech-Nummer 419. Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 124. Sonnabend, den 25. August 1894. 1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Pickelhaube und Zipfelmütze.

Sie ist ja unstreitig ein recht gefälliges Kapitäl (Kopfzier), die Pickelhaube, und vollends die jungen und alten Weiber beiderlei Geschlechts finden sie sehr reizend und unwiderstehlich. Nur drückt sie leider den Kopf Germanias schwer, so schwer, daß sie beinahe das Denken verlernt hat, sie, die Mutter des „Volkes der Denker". Und billig ist sie auch nicht, sondern kostspielig, sehr kostspielig, blicket nur in Euren Steuerzettel und in Euer Haushaltungsbuch, denn auch die indirekten Steuern, womit die Lebensmittel vertheuert werden, werden zum größten Theil von der Pickelhaube verschlungen. Und wie Mancher ist durch sie zum Krüppel geworden sein Leben lang oder hat sein Leben in der Blüthe seiner Jahre einbüßen müssen, wie kürzlich die Opfer des Todtenmarsches in der Gegend von Waiblingen, wo bekanntlich „durchweg bestimmungsgemäß" verfahren worden war. Ob sie daher auch noch so blendend schimmert und glänzt, sie ist dennoch für das Volk eine recht lästige und verhängnißvolle Kopfbedeckung.

Aber beinahe noch verhängnißvoller ist für das Volk die Zipfelmütze, d. h. der Indifferentismus, die Gleichgiltigkeit, Lauheit und Flauheit gegenüber der Freiheitsbewegung.

Leider giebt es unter den Industriearbeitern selbst noch genug solcher Zipfelmützenträger, die der Befreiungsbewegung des Proletariats kühl bis an's Herz hinan gegenüberstehen, als ob sie dieselbe gar nichts anginge; die behaglich aus der Ferne zusehen, wenn ihre Arbeitsbrüder und Kollegen im Feuer des Klassenkampfes stehen, aber selbst keinen Finger rühren. Die Vortheile, welche ihre Kollegen für die Klassenlage des Proletariats erkämpfen, lassen sie sich gern gefallen, aber daran Theil zu nehmen, fällt ihnen nicht ein. Sonderlich ehrenhaft ist das nicht. Das Vaterland des Arbeiters ist in erster Linie seine Klasse, der richtig verstandene Patriotismus gebietet darum dem Arbeiter, nach Kräften mitzustreben und mitzukämpfen, damit das Joch der Ausbeutung und des Druckes, das noch immer schwer genug auf dem Proletariats lastet, erleichtert und schließlich zerbrochen werde. Was würde man dazu sagen, wenn wehrfähige, kräftige Jünglinge gleichgiltig zuschauen würden, wenn ihre Altersgenossen Kraft und Leben einsetzen, um im heißen Verzweiflungskampf einen übermüthigen Feind vom Vaterlande abzuwehren!

Aber der Egoismus, der schnöde Egoismus! Weil sie sich selbst in leidlichen Verhältnissen befinden, behalten sie die Zipfelmütze auf, ziehen sie behaglich über die Ohren und legen sich auf's Faulbett. Denket Ihr denn aber gar nicht daran, an welch' schwachem Faden das Damoklesschwert der Beschäftigungslosigkeit hängt, das allzeit über dem Haupt des Proletariers schwebt, daß der Geschäftsgang oder auch nur eine Laune des Prinzipals oder des Fabrikdirektors, eine Nachlässigkeit, eine kleine Differenz euch plötzlich in bitterste Noth schleudern kann? Denket Ihr nicht an die vielen Fälle, wo ältere Arbeiter nach vieljähriger treuer Arbeit Knall und Fall entlassen wurden, weil sie nicht mehr so leistungsfähig waren, daß man sie wie eine ausgepreßte Citrone auf die Straße warf, oder daß sie sich als Belohnung für ihre langjährigen treuen Dienste Lohnreduktionen gefallen lassen mußten? Wißt Ihr nicht, daß der Hort des Arbeiters, sein einziger, fester Halt, die Organisation ist?

Was Lassalle im September 1863 den Arbeitern in der Rheingegend zurief, das gilt noch heute: „Woher kommt es denn aber," sagte er, „daß Ihr, die Ihr unsere Bestrebungen mit Eurer Sympathie begleitet, noch nicht eingezeichnete Mitglieder seid? — O, ich kenne den allbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, man sympathisirt, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung theil zu nehmen, die Andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich aber frage Euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht selbst gesäet hat? — Euch also, die Ihr Arbeiter sein wollet und nicht Schmarotzer, Euch ermahne ich zur Scham! An jene Tische mit Euch und zeichnet Euch ein als unsere Mitglieder; nehmt auch einen Antheil an unseren Mühen und Anstrengungen! — Ja, es muß dahin kommen, daß es für eine Art Makel und Derjenige nicht für einen vollen Arbeiter gilt, der unserem Verein nicht beigetreten; und er ist in der That kein voller Arbeiter, denn es fehlt ihm entweder an Einsicht in das Lebensinteresse seiner Klasse oder an der Männlichkeit, für dieses Interesse selbst wirken zu wollen!"

Wie schön sang M. Lavant:

Ein halber Mann, deß' Tage schwinden
In selbstischer Befangenheit;
Du sollst im Busen mitempfinden
Den hohen Wellenschlag der Zeit.
Und wenn im Kampf die Jahre schwanden,
Sei stolz auf Deines Hauptes Schnee:
Du hast in Reih' und Glied gestanden
Mit den Soldaten der Idee!

(„Schw. Tgwcht.")

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mausert sich der Redegreis? Maximilian Harden, der Herausgeber der Berliner „Zukunft", der in seinem Organ für russische Allerweltspolitik, für Wille'sche „Philosophie" und für Bismärckerei Stimmung macht, hat sich seine Informationen schon oft aus Friedrichsruh geholt. Ob er dies auch bezüglich der Anschauungen Bismarcks über ein neues Sozialistengesetz gethan hat, wissen wir nicht. Aber man kann es annehmen. Harden schreibt:

„Die Ansicht des Fürsten Bismarck ist unter allen Umständen ernster Beachtung werth; aber sie kann die unabhängigen Geister nicht binden, die in dem großen politischen Künstler auch den irrenden, den immer lernbegierigen und lernfähigen Menschen bewundern und lieben. In seiner langen Laufbahn hat Bismarck von dem Eifer der dienstwilligen Leute niemals einen Nutzen gehabt, die stets bereit waren, auf sein Kommando einzuschwenken und auf die Scheibe zu schießen, die er mit mächtigem Griff vor ihnen aufgestellt hatte, und er würde schon deshalb gewiß es nicht übelnehmen, wenn eine von ihm vertretene Meinung auch von seinen Freunden ehrerbietig abgelehnt werden müßte. Einstweilen ist das noch nicht nöthig, denn persönlich hat der Fürst sich für ein neues Sozialistengesetz noch nicht engagirt. Er hat es für einen Fehler gehalten, daß vor vier Jahren ohne zwingende Nothwendigkeit auf eine Waffe verzichtet wurde, die ihm zwar nicht mehr besonders wirksam, doch immerhin wie ein heilsames Abschreckungsmittel erschien, und er mag wohl geglaubt haben, nach der Beseitigung dieser Schranke würden gewaltsame Zusammenstöße nicht lange zu vermeiden sein. Damals ließ der Gang der Ereignisse sich nicht voraussehen; jähe Entschließungen, wie das Selbstbewußtsein heiter hoffender Jugend sie gern faßt, waren zu erwarten, und der tiefste Grund der Befürchtungen des Fürsten Bismarck wird erst offenbar werden, wenn die Geschichte der ersten Monate des Unheiljahres 1890 geschrieben ist. Inzwischen hat die Macht der Mittelmäßigkeit ihre ausgleichende Wirkung geübt, zu einer Erneuerung des Ausnahmegesetzes liegt einstweilen nicht die geringste Veranlassung vor, und dem historischen Ansehen des Fürsten Bismarck wird der schlimmste Dienst erwiesen, wenn er als ein Mann hingestellt wird, der von kleinlichen Polizeistrafgesetzen allen Ernstes den Sieg über eine Jahrtausende alte Bewegung der Geister erhofft. Ein Ausnahmegesetz ist immer der Beweis eines Vertrauens, das man nicht jeder Regierung entgegentragen kann, und es wird nur da nothwendig, wo gewaltthätige Ausbrüche mit den vorhandenen Rechtsmitteln nicht zu verhindern und zu unterdrücken sind. Davon kann heute ernstlich nicht die Rede sein. Was in Frankreich, Italien und Spanien geschehen ist, braucht uns nicht zu kümmern, und es ist unehrlich, die Schreckensthaten der Anarchisten, die ganz direkt vom radikalen Liberalismus abstammen, ins Schuldbuch der deutschen Sozialdemokratie zu schreiben."

Ob das Alles wohl wahr ist? Wir können es kaum glauben. Wenn von der „Macht der Mittelmäßigkeit" gesprochen wird, so verzeihen wir das Herrn Harden, der sich selbst nie über die Mittelmäßigkeit erhoben hat. Sollten aber die nationalliberalen Schreier nach Ausnahmegesetzen wirklich von ihrem Heros selber so entschieden desavouirt worden sein, so wäre das überaus ergötzlich. Jedenfalls verfolgt Bismarck dann eine besondere Absicht, die noch nicht ganz klar ist. Daß der Anarchismus den bürgerlichen Elementen näher steht, als der Sozialdemokratie, hat bekanntlich auch Bennigsen im Reichstage ausgesprochen.

Wie der Militarismus wüthet. Vom Manöverfelde in Gangkofen schreibt man dem „Vaterland":

„Eine traurige Thatsache ist es fürwahr, wenn der Landmann, der vor der Ernte steht, zusehen muß, wie sein theuerstes Hab und Gut, das er nach 3/4jähriger mühevoller Arbeit der Erde abgrungen hat, zerstampft wird, durch das Machtwort des Militarismus. Man kann es nicht anders nennen; wenn man es sieht, möchte man fast weinen. Heuer, da die Felder und Wiesen in üppigster Pracht reichen Fruchtertrag versprechen, auch Hagelschlag uns glücklich verschonte, bekommen wir als Ersatz für das vorige Mißjahr ein Regimentsexerzieren des 1. Inf.-Reg. Warum dasselbe jetzt im Gelände ist, nachdem der Staat Millionen für die schönsten Exerzierplätze ausgegeben hat, ist Niemandem erklärlich. Der Landmann wird wohl entschädigt; für das aber kann er sich Ersatz nicht wieder beschaffen. Den Kommandeuren wurde allerdings die „möglichste Schonung" der Fluren ans Herz gelegt und hätte das schöne Wetter ausgehalten, der größte Theil der Ernte wäre unter Dach; aber so sieht es traurig aus. Hafer und Gerste liegen noch, das Heu steht in schönster Pracht, der Klee so fett, wie schon lange nicht: Alles aber wird kurz und klein getreten, wirklich der gräßlichste Kriegsschauplatz. Viele, man kann sagen die meisten Oekonomen sind aufs Höchste empört und es ist schon vorgekommen, daß ein Bauer mit der Mistgabel gegen die Soldaten gezogen ist, freilich lächerlich — denn der Herr Oberst gab ihm kurz zu verstehen, er werde ihn niederreiten, wenn er nicht sofort aus dem Wege gehe. Wenn er anständig gewesen, meinte der Herr Oberst, hätte er sein Feld umgangen, so kommandire er „marsch, marsch!" und fort gings übers Feld zum Erbarmen. Die Herren Offiziere fragen wenig darnach, was der „dumme" Bauer sagt, aber der Regierung darf es nicht gleichgültig sein. Wenn sie den Bauernstand national gesinnt erhalten will, dürfen solche Reibereien nicht vorkommen. Die Herren sollen wie bisher auf dem Exerzierplatze bleiben. Die Manöver sind ohnehin zur Landplage geworden, wozu sie noch vermehren? Dadurch ist der Soldat 8—10 Tage lang im Quartier und verursacht in der an sich reichen „Steuer-Zeit" Ausgaben, an denen mancher schwer zu tragen hat. — Der Einsender erhofft schließlich besseren Schutz von der Regierung und dem Landtag. Er gehört daher zu jener Sorte gutgläubigen Leuten, die durch Hoffen und Harren zum Narren gemacht werden.

Auf ein „Börsenmanöver" ist das Gericht von der der Ermordung Crispi's wie wir schon in der gestrigen Nummer meldeten, zurückzuführen. Diejenigen Börsenschwindler, die die Lüge ausheckten, haben ihren Zweck erreicht, denn die italienische Rente sank nach der „Vlksztg." daraufhin um 1 pCt. Ist der Gewinn, den die Spekulanten aus der Lüge gezogen haben nicht als Betrug, Diebstahl oder Raub zu bezeichnen.

Evangelisches Ablaßgeld, so schreibt man der „Köln. Volksztg." aus Baden, ist nicht etwa eine Bezeichnung, die Spötter erfunden haben, vielmehr wendet sie die protestantisch-konservative „Badische Landpost" auf Verhältnisse im Amtsbezirk Pforzheim an. Dort darf angeblich jeder Fabrikant für eine Polizei-Abgabe von 5 Mk. den Sonntag hindurch arbeiten lassen, „wenn die Arbeiter sich freiwillig dazu verstehen". Die Folge ist, daß in einzelnen Gemeinden allsonntäglich gearbeitet wird.

Schwindel. „Uns ist eine Bevölkerung, die sich gut nährt und etwas tüchtiges leistet, lieber als die, welche kümmerlich dahinlebt und nicht viel von Lebensenergie erkennen läßt." — Wo steht das zu lesen? In der „Kreuzzeitung", und da soll man nicht lachen. Diese Herren die da sagen: Erst kommen wir, und dann noch einmal wir — und dann das „gemeine" Volk noch — lange nicht.

Zum freisinnigen Parteiprogamm bemerkt der „Vorwärts" ganz zutreffend:

„Wohl redet der Entwurf von der Anwendung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auch auf die Landtagswahlen; aber er schweigt von den Kommunalwahlen Natürlich! Da würde es ja aus sein mit der Freisinnsmehrheit im Rothen Hause zu Berlin wie in anderen Städten. Es ist uns, als hörten wir den „maßvollen" Volksfreund und Hausbesitzer Thomsen aus Ibsens „Volksfeind" das freisinnige Programm erläutern: „Ja, wenns den lokalen Machthabern gilt, dann bin in wirklich ein Aengsterling. . . . Fällt einer über die Regierung her, so richtet er nicht den geringsten Schaden an; denn die Männer kümmern sich den Geier um das, was die Zeitungen sagen — sie bleiben wo sie sind. Aber die Lokalbehörden — die können gestürzt werden und dann kommen vielleicht unbrauchbare Menschen aus Ruder, zum unendlichen Schaden der Hausbesitzer und anderer Leute. Darum: in der kleinen Politik hübsch beim Alten geblieben!"

Polizeiwippchen. Nach dem preußischen Vereinsgesetz gilt eine Versammlung nicht mehr als vorschriftsmäßig angezeigt, wenn sie „die länger als eine Stunde ausgesetzten Verhandlungen wieder aufnimmt". In Dortmund hatte sich eine sozialdemokratische öffentliche Ver-

sammlung zweimal vertagt und zwar jedesmal für die Dauer von 59 Minuten. Nach der zweiten Pause, die nur 43 Minuten dauerte, war sie wieder eröffnet worden.

Die Polizei aber löste unter Berufung auf das Vereinsgesetz die Versammlung auf, weil die Gesammtdauer der Pausen während der Versammlung eine Stunde nicht überschreiten dürfe. Diese Auslegung des Vereinsgesetzes ist mit dessen klarem Wortlaut nicht vereinbar.

Ueber den Adel in der Zentrumspartei klagt ein Zentrumsblatt, die „Westfälische Rundschau", indem sie auf die Gründung eines Blattes für das katholische Rheinland durch Grafen Hoensbroech und Freiherrn v. Loë hinweist. Es sei offenbar System in der Sache. „Mit einem neuen Mittel sucht man den alten Lieblingsplan durchzuführen, auf Umwegen das zu erreichen, was bisher, dank der Wachsamkeit der Katholiken, auf keine Weise zu ermöglichen war: die Spaltung der Zentrumspartei. Bezeichnend ist es, daß es ausnahmslos Mitglieder des Adels sind, welche diesen zentrumsfeindlichen Strebungen ihren Arm leihen. Gerade wie im vorigen Jahre in der Militärfrage die Herren v. Ballestrem, v. Huene, v. Praschma, v. Matuschka, Prinz Arenberg 2c. es waren, welche dem Zentrum unverhofft in den Rücken fielen, so sind es jetzt v. Schorlemer, v. Hoensbroech, 2c., die an der Zerbröckelung und Unterminirung des Zentrumsthurmes arbeiten." Es müsse ohne Zaudern mit vollster Entschiedenheit das Tischtuch zerschnitten werden zwischen dem katholischen Volk und den abtrünnigen Junkern. Alsdann würden die letzteren bald erkennen, daß die westphälischen und rheinischen Bauern viel zu einsichtig sind, um ihnen Vorspann zu leisten zur Erreichung ihrer versteckten, selbstsüchtigen Ziele.

Sind Sozialdemokraten etwa Staatsbürger zweiter Güte? Berliner Zeitungen melden, der Kultusminister Dr. Bosse habe sich an die philosophische Fakultät der berliner Universität mit Vorstellungen wegen des Verhaltens des Dr. Aron gewendet; diese habe jedoch erwidert, daß für die Fakultät lediglich die wissenschaftliche Befähigung das Kriterium der Zulassung sei; die sozialdemokratische Gesinnung eines Docenten dürfe um so weniger der Gegenstand von Erwägungen für die Facultät sein, als die Regierung die Sozialdemokratie für eine gleichberechtigte politische Partei ansehe und mit ihr pactire. Die Erklärung der Facultät ist nur vernünftig. Wir hätten übrigens garnicht geglaubt, daß das deutsche Professorenthum zur Abgabe eines derartigen Urtheiles noch fähig wäre. Oder sind wir Sozialdemokraten ganz rechtlos? Häufig werden wir so wie so schon mit anderem Maße gemessen.

Ein leicht lösbares Räthsel. Folgende „Knackmandel" wird aus Berlin gemeldet:

„Mit Rücksicht auf die Zunahme der anarchistischen Verbrechen ist eine Vermehrung des Personals der Kriminal-Abtheilung der politischen Polizei geplant."

Natürlich, die neuesten polizeilichen „Enthüllungen" müssen „fruktifizirt" werden. Merkwürdig, die politische Polizei wird fortwöhrend verstärkt, die andere dagegen lange nicht in dem Maaße. Und dann will man sich wundern, wenn die großen Verbrecher fast sämmtlich unentdeckt bleiben? Wenn wir uns recht erinnern, so sind nach einem Berliner Blatte noch ca. 20 Verbrechen in Berlin in den letzten Jahren ungesühnt geblieben. Allerdings die „Lorbeeren" auf politischem Gebiete sind größer, und das zieht auch für Polizeibeamte.

Das Kleinkalibrige in Thätigkeit. Ueber eine neue Schießaffaire wird dem Bonner „Generalanz." aus Köln geschrieben: Gestern (am Sonntag) wurden zwei Militärgefangene, welche Vormittags durch das Kriegsgericht im Militärgerichtsgebäude in der Schnurgasse verurtheilt worden waren, unter Aufsicht eines Sergeanten und eines Gefreiten von dort zum Militärgefängniß transportirt. Einer der beiden Gefangenen war wegen eines schweren Insubordinationsvergehens zu einer mehrjährigen Festungsstrafe verurtheilt worden. Als der Transport bereits bis zum Eifelthore, dicht am Eingang des Militärgefängnisses, angelangt war, ergriff der oben näher bezeichnete Gefangene die Flucht und achtete nicht auf das mehrere Mal von dem Sergeanten ihm zugerufene „Halt!" Der Transportführer gab kurz hintereinander zwei Schüsse auf den Flüchtling ab, welche jedoch beide den Mann fehlten und deren Kugeln in die Mauer des Eifelthores drangen. Der Sergeant verfolgte den Fliehenden, während der Gefreite den andern Gefangenen in dem nahen Gefängnisse ablieferte und dort Wachtmannschaften zur Verfolgung des Flüchtlings aufbot. Dieser wurde, als er durch das Eifelthor auf das freie Feld gelangt war, von dort arbeitenden Landleuten aufgehalten und dem Transportführer wieder übergeben. Der Gefangene weigerte sich, mit dem Sergeanten zu gehen und folgte diesem erst, als derselbe ihm das geladene Gewehr auf die Brust hielt. (!!) Unter Aufsicht mehrerer anderer Soldaten wurde der Flüchtling dann in das Militärgefängniß abgeliefert. Von den vom Transportführer abgegebenen Schüssen wurde glücklicherweise von den wenigen Passanten der Wallstraße Niemand verletzt. Daß in dem Augenblick, als die Schüsse fielen, nur wenige Leute auf der genannten Straße sich befanden, ist ein glücklicher Zufall. Wäre die Straße belebter gewesen, so wären gewiß einige Passanten verwundet oder gar getödtet worden, wie das vor einigen Jahren bei der Schießaffaire in der hiesigen Magazinstraße geschah. Auf die Passanten durfte nach seiner Instruktion der Sergeant keine Rücksicht nehmen. Wann wird diese Instruktion, der schon so viele ruhige Bürger zum Opfer gefallen sind, endlich einmal abgeschafft werden?

Ueber die Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien ist der Breslauer „Volkswacht" aus Zabrze folgender Bericht zugegangen: Die Bergarbeiterbewegung im hiesigen Revier ist seit der Verhaftung Prukops eine sehr ernste geworden. Die Arbeiter, ob jung oder alt, sind über die Hetze der bürgerlichen Gesellschaft gegen sie und über die traurigen Vorgänge bei Antonienhütte erbittert. Große Theilnahme herrscht für Prukop, von dessen Unschuld Alle überzeugt sind. Die Bergleute sehen in ihm ihren besten Freund, viele Arbeiter nennen ihn, seiner Aufopferung wegen, ihren Vater. Stürmisch wird man hier befragt, ob denn Prukop nicht bald freigelassen werden wird. Wie der Druck auf den Arbeitern in wirthschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung lastet, dafür liefern eine Menge Thatsachen staunenerregende Beweise. So sind Arbeiten nach der Schichtzeit, die nicht bezahlt werden, keine Seltenheit. Wer sich weigert, solche Arbeit zu machen, wird in der Regel entlassen. Ein Knappschaftsinvalide mit 16 Mk. Pension, welcher um leichtere Arbeit bat, wurde abgewiesen. Wer in seiner freien Zeit irgend etwas unternimmt, was der „Arbeitgeber" nicht gern sieht, wird entlassen. So geht es weiter. Bezüglich der Vorgänge in Bielschowitz ist noch zu bemerken, daß diese Versammlung den Zweck haben sollte, Beschwerden der Arbeiter über verschiedene ungerechte Vorkommnisse von Seiten der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber zu hören, um ein recht schnelles Funktioniren des Berggewerbegerichts vom zuständigen Ministerium zu erreichen. Die Versammlung sollte sich nur mit praktischen Fragen beschäftigen und den gewählten Vertrauensmännern eine Direktive zum Handeln geben. Der Gatte der getödteten Frau will gegen den betreffenden Gensdarm Klage führen. Ein Geistlicher, welcher von der Kanzel herab auf die böse Sozi schimpfte, mußte es erleben, daß von mehreren Arbeitern deswegen die Kirche verlassen wurde. Die Polizeibehörde in Zabrze hat die Abhaltung von Bergarbeiterversammlungen untersagt, und in der Umgegend ist zu Versammlungen ein Lokal nicht zu erhalten. Die hiesige Filiale des Bergarbeiter-Verbandes ist thatsächlich von der Polizei geschlossen. Rechtsanwalt Pohl in Gleiwitz hat Beschwerde dagegen eingelegt. Die von Prukop und Kuwczyk beschlagnahmten Sachen sind bis auf das Eigenthum des Verbandes freigegeben. Im Uebrigen bleibt kein Mittel, uns zu unterdrücken, unversucht. Hoffentlich halten die Arbeiter in dem uns umtobenden Sturm, wie es Männern geziemt, aus. — Ein Lübecker Blatt versucht mit echt nationalliberaler Frechheit Prukop zu verdächtigen. Er hätte Champagner getrunken und Beefsteak gegessen, während die Menge draußen lärmte. Derartige gemeine Lügen sind nicht werth, daß man sie widerlegt. Sie bekunden höchstens die niedrige, elende Knechtsgesinnung die in dem Blatte ihr Wesen treibt. Allerdings sind nur nationalliberale Burschen zu einer derartigen Niederträchtigkeit fähig.

Wahlprüfungen. Eine wichtige Arbeit der bevorstehenden Reichstagssession, so schreiben nationalliberale Blätter, wird die Entscheidung über die ungewöhnlich große Zahl angefochtener Wahlen sein. Diese Wahlen sind im Reichstag bereits mit ganz vereinzelten Ausnahmen zur Verhandlung gekommen und es ist, dem Antrage der Wahlprüfungskommission gemäß, Veranstaltung von amtlichen Ermittelungen beschlossen worden. Ihr Ergebniß dürfte bei dem Wiederzusammentreten des Reichstages vorliegen und dann bald die Entscheidung erfolgen. Es befinden sich darunter mehrere Wahlen, die mit der knappsten Mehrheit von wenigen Stimmen erzielt worden, und man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß manche Ungültigkeitserklärungen erfolgen. Nachdem der Reichstag bereits die Wahlen des Grafen Moltke (Pinneberg) und von Polenz (Plauen) für ungültig erklärt, bleiben noch folgende vom Reichstag beanstandete Wahlen zu erledigen: Wamhoff (Osnabrück) v. Benda (Wanzleben), Rothbart (Gifhorn), Bantleon (Ulm), Möller (Dortmund), Siegle (Stuttgart), Dr. Böttcher (Waldeck) von den Nationalliberalen; Gescher (Wesel), Will (Stolp), v. Saurma-Jeltsch (Brieg) v. Gerlach (Köslin) von den Konservativen; Krupp (Essen) von den Freikonservativen; auch Graf Bismarck (Jerichow); Pichler (Passau), Greiß (Köln) vom Zentrum; v. Chlapowski (Fraustadt) von den Polen; Görtz (Lübeck), Casselmann (Eisenach), Lüttich (Rudolstadt) von den Freisinnigen. Da die Wahlen in Plauen und Pinneberg den nationalliberalen Waschlappenseelen gar zu sehr im Magen liegen, schwafeln sie auch von einer Beanstandung derselben. Jedenfalls haben sich die ehrenwerthen Leute noch nicht genügend blamirt. Uns soll es recht sein.

Arbeitsämter und Arbeitsnachweis. In mehreren der kürzlich veröffentlichten Handelskammerberichten für 1893 wird die Errichtung von Arbeitsämtern, die unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer alle Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung klarzustellen und auch die Vermittelung eines Arbeitsnachweises zu bewirken haben, in Anregung gebracht. Wie die „Voss. Ztg. nun erfährt, steht die Reichsverwaltung diesem Gedanken wohlwollend gegenüber und es haben bereits vor einiger Zeit Erwägungen darüber stattgefunden, ob die Regelung des Arbeitsnachweisungswesens unter staatlicher Förderung den Interessenten überlassen bleiben oder behördlich organisirt werden solle, ob die Organisation durch das Reich oder die Bundesstaten, durch Gesetz oder reglementarische Bestimmungen, für den gesammten Arbeitsmarkt einheitlich oder für einzelne Berufszweige, zentralistisch oder dezentralistisch zu bewirken sei. Von weiteren Schritten hat man jedoch Abstand genommen, weil zunächst eine Klärung der auseinandergehenden Meinu für nothwendig hielt. Die am 6. Februar v. J Berlin stattgehabte Delegirtenkonferenz von Gewerksch Vereinen, Verbänden, Innungen kam man auch übe Frage, einer einheitlichen Regelung des Arbeitsnachn zu keinem endgültigen Beschlusse, sondern endete mit Resolution, demnächst eine neue Konferenz zu berufen, nach Stellungnahme der Gewerkschaften zu dem P weiter zu verhandeln. Die preußische Staatsregie hat neuerdings die Frage in Erwägung gezogen, ob bestehenden Einrichtungen zur Regelung des Arbeits weises dem vorhandenen Bedürfniß entsprechen welche Maßregeln zu diesem Zwecke in Vorschlag bringen seien.

Dresdener Erpressungs-Prozeß. Mittwoch hatte sich zweite Ferienstrafkammer des Dresdener Landgerichts in ö licher Verhandlung mit diesem prozessualen Novum zu beschäft Wir geben nachfolgend nach der „Sächs. Arb.-Ztg." eine zusam hängende Darstellung der Ereignisse, die zu dem Prozesse ge haben, wie auch des bisherigen Verfahrens gegen die A schuldigten.

Im Anfang März d. J. setzten sich die Angeklagten Eich und Findeisen als Vorsitzende des „Sozialdemokratischen Ver für Dresden-Altstadt" mit der Waldschlößchen-Brauerei in bindung, um zu erlangen, daß der ausgedehnte Waldschlöß Park uns zur Maifeier zur Verfügung gestellt werde. Nach sechswöchigem Hin- und Herziehen, während dessen vom Pä des Parkes wie von der Direktion die verschiedenartigsten Ausfl gemacht worden waren, um eine bestimmte Erklärung zu vermei sah endlich die Direktion keinen Ausweg mehr und sie erklärte rund heraus, daß sie den Park nicht hergebe. In einer Versa lung, die am 15. April im Trianonsaale stattfand, theilte Ge Eichhorn das negative Resultat der Verhandlungen mit. Da erschien in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" mit dem Datum 18. April ein Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, Waldschlößchenbier zu trinken, weil die Brauerei den Park zur Maifeier hergegeben habe. Die Folge war, daß Rechtsan Gerlach, Mitglied des Aufsichtsraths der Waldschlößchen-Brau sich schriftlich an Eichhorn wandte und ihn „zur Aufklärung Sache" um einen Besuch bat. Eichhorn leistete der Einlad Folge, es kam jedoch zu keiner Verständigung; Eichhorn verla selbstverständlich bedingungslose Hergabe des Parkes und G Gerlach ging darauf nicht ein. Die erfolglose Unterredung h aber einen anderen Erfolg: noch am selben oder am folgen Tage (in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" berichtet unte 20. April) wurden 26 Brauer entlassen, angeblich, weil die B zerei zu Ende sei, nach Bier's Erklärung dagegen wegen Unb mäßigkeit. Merkwürdigerweise befanden sich unter den Entlasse sämmtliche Mitglieder des Brauer-Fachvereins, darunter Leute, 3, 4 und 6 Jahre in der Brauerei beschäftigt gewesen wa Es folgten nun noch mehrere Unterredungen zwischen Eichhorn Findeisen einerseits und Herrn Rechtsanwalt Gerlich und He Direktor Bier andererseits, wobei nun auch, insbesondere in ein Briefe vom 22. April, die Forderung gestellt wurde, daß die e lassenen Brauer wieder eingestellt würden, da die Entlassu zweifellos als eine Maßregelung anzusehen sei. Am 25. April schien der zweite Boykott-Aufruf. Jetzt wandte sich Direktor B durch Vermittelung des Besitzers der Loschwitzer Brauerei, He Bachmann, an Gradnauer, ihn um seine Vermittelung ersuche Gradnauer erklärte sich nach längerem Zögern auf Drängen Ba mann's bereit, mit Bier zu unterhandeln und theilte die auf Verlangen schriftlich mit, daß er zu einer Unterredung be sei. Bier kam infolgedessen am zweiten Pfingstfeiertag, 14. M zu Gradnauer in die Redaktion und fand dort die Unterredu statt. Im Laufe derselben erklärte Gradnauer dem Bier, daß keine Vollmachten zu irgend welchen Vereinbarungen habe, daß aber seine Vorschläge den Parteigenossen mittheilen wolle. B brachte selbst das Gespräch auf die Forderung der Wiedereinstellu der entlassenen Brauer und meinte, daß er dem nicht nachgeb könne, da es sich um aufsässige Elemente handele. Gradnau stellte gar keine Forderung, er theilte den Vorgang blos den Part genossen mit und dann schrieb er nochmals an Bier, daß die Part genossen bereit seien, mit ihm weiter zu verhandeln. Es fand aber keine weiteren Verhandlungen statt. Am 30. Mai erschi abermals ein Boykott-Aufruf, mit dem gleichzeitig eine größe Anzahl von Geschäften bekannt gemacht wurde, die Waldschlößche bier führen.

Jetzt trat der Staatsanwalt auf den Plan. Rechtsanwa Gerlich wandte sich an diesen und nahm mit ihm Rücksprache wege des letzten Aufrufs. Gerlach sowohl wie Bier gaben bei d Staatsanwaltschaft Erklärungen ab über die bisherigen Verhan lungen und Bier beschwerte sich namentlich über die großen Ve luste, die die Brauerei schon gehabt habe. Hier scheint nun d Erpressungsidee ausgeklügelt worden zu sein. Am 2. Juni ersuch der Staatsanwalt — nicht etwa den Amtsrichter um Erlaß eine Haftbefehls — sondern die Polizeidirektion um sofortige Festnahm Eichhorn's, Findeisen's und Gradnauer's, weil sie der versuchte Erpressung dringend verdächtig seien. Die Drei wurden dann au sofort festgenommen und dem Amtsrichter vorgeführt und dann a Antrag der Staatsanwaltschaft richterlicher Haftbefehl gegen sie e lassen mit der Begründung, daß sie der versuchten Erpressun dringend verdächtig seien und in Rücksicht auf die zu erwartend Strafe Fluchtverdacht wie auch Kolussionsgefahr vorliege. Der b stellte Untersuchungsrichter beschloß sodann die Voruntersuchun und Fortdauer der Untersuchungshaft, und daran wurde auch durc die bis ans Oberlandesgericht verfolgten Haftbeschwerden nichts g ändert.

Für die Annahme des dringenden Verdachts der versuchte Erpressung, namentlich bei Gradnauer, wurden die Aussagen de Herrn Bier in's Feld geführt, der anfangs gesagt hatte, Gradnaue habe auf der Forderung der Wiedereinstellung der Brauer bestande und dem Bier gesagt, wenn die Brauerei nicht nachgäbe, würde si schon sehen, was die Arbeiter vermöchten. Ja, nach Gerlach so Gradnauer sogar von der Brauerei verlangt haben, daß sie i Zukunft nur die von der sozialdemokratischen Parteileitung empfo lenen Arbeiter anstelle. Gradnauer bestritt von vornherein gan entschieden diese Darstellung und bekannte sich stets nur zu dem was wir am Eingang unserer Darstellung bereits über seine Thätig keit mitgetheilt haben. Darauf wurde dann Bier nochmals zu 9. Juni vor den Untersuchungsrichter geladen, statt seiner kam abe die Mittheilung, daß er nach Karlsruhe verreist sei. Auf tele graphische Ladung theilte er mit, daß er krank sei und nicht reise könne; am 14. Juni endlich erscheint Herr Bier auf wiederholt Ladung und macht Aussagen, die mit seiner ersten Aussage i Widerspruch stehen sollen, er wurde deswegen auch eidlich ver nommen. Er sebst erklärte aber, in seinen Aussagen keinen Wider spruch finden zu können, er hätte von vornherein sagen wollen daß Gradnauer zwar gewisse Forderungen ausgesprochen habe, daß aber der ganze Zusammenhang ergeben hätte, daß er diese Forderungen nicht recht aufstelle, sondern sie nur zu seiner (Bier's) Kenntniß bringen wolle.

Unterdeß wurden auch noch sonstige sehr eingehende Ermittelungen angestellt, um das Verbrechen der verhafteten Verbrecher zu finden. Es wurden verschiedene Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Vereins vernommen, um über die Beauftragung Eichhorns und Findeisens etwas zu erfahren; bei der Polizei wurden Nachforschungen angestellt über die Organisation der sozialdemokratischen Partei, namentlich über die Machtbefugnisse Grad-

aners, man wollte erfahren, ob nicht Gradnauer dem Eichhorn nd Findeisen etwas zu befehlen gehabt habe. Die Polizei weiß as natürlich ganz genau; Gradnauer ist zwar als einer der ersten führer zu betrachten, aber in der „geheimen Organisation" der artei ist er nicht Vorgesetzter des Eichhorn und Findeisen und nt denen nichts zu befehlen. Dagegen fragen die ihn oft um Rath. a, es wird sogar nachgeforscht, ob sich nicht andere Brauereien urch Zahlung von größeren Geldsummen an die sozialdemokratische artei vom Boykott losgekauft hätten, weil das Gerede ging, das ottaer Hofbrauhaus habe unserer Partei Geld gegeben und der eldschlößchenpächter Scheibe habe durch Zahlung einer Summe on 3000 Mark den Boykott vom Feldschlößchen abgewendet. Am . Juni endlich, nachdem polizeilich bescheinigt war, daß Gradnauer garnichts zu sagen habe, gewinnt endlich der Staatsanwalt e Meinung, daß zwar Gradnauer noch immer verdächtig , daß aber die Kollusionsgefahr nunmehr gänzlich beseitigt und er gegen die Entlassung Gradnauers, die der nterfuchungsrichter schon am vorhergehenden Tage für angebracht elt, nichts mehr einzuwenden habe. Gradnauer wurde denn ch am 16. Juni Abends entlassen. Durch Beschluß des Landrichts vom 17. Juli wurde sodann der Antrag des Staatsalts auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Gradnauer abehnt, dagegen gegen Eichhorn und Findeisen das Hauptverfahren ffnet. Diese beiden wurden auch nicht aus der Haft entlassen, wurden daher heute zur Hauptverhandlung aus der Unterchungshaft vorgeführt. Bei Eichhorn half auch der Hinweis f seine schwere Erkrankung nichts, auch er mußte in Haft eiben, der Gerichtsarzt Medizinalrath Dr. Donau erklärte ihn r vollkommen haftfähig und das ist natürlich für das Gericht sschlaggebend. Termin zur Hauptverhandlung war bereits einal für den 28. Juli angesetzt, er wurde aber wieder aufgehoben, der als Zeuge geladene Rechtsanwalt Gerlach unterdessen in Ferien nach Tyrol gegangen war und von dort aus dem ericht mittheilte, daß er krank sei und zum Termin nicht erscheinen me. Deshalb wurde der Termin auf heute, also um fast r Wochen, verschoben — für einen in Untersuchungshaft bedlichen Angeklagten, der noch dazu todtkrank ist, gewiß sehr genehm.

Ueber den weiteren Verlauf dieses für die sächsischen Verlnisse so überaus bezeichnenden Prozesses werden wir Morgen ch ausführlich berichten.

Italien.

Sumpf. Nach einem Telegramm der „N. Fr. Pr." t das Kriegsministerium erklärt, daß über die Verltung des Arsenas von Brescia, welche bis vor ngen Monaten kein Inventar besaß, schon seit längerer eine Untersuchung schwebt. In der leidigen wehrfrage müsse man zwischen den ausgemusterten Gehrstücken, welche auf Befehl der Kriegsverwaltung von r Staatsfabrik Tecni aus Ersparungsrücksichten verkauft rden, und den Gewehren unterscheiden, welche aus m Arsenale von Brescia unter der Hand verkauft und n der politischen Behörde beschlagnahmt wurden. Der iegsminister könne darüber keine weiteren Aufklärungen ben, da die Sache nunmehr vor dem Richter stehe. — or vierzehn Tagen wurde von Neapel aus an das nterrichtsministerium die Anzeige erstattet, daß die Verltung des National-Museums und der Ausabungen von Pompeji sich großer Unterschleife uldig gemacht hätte. Die Untersuchung ergab für mpeji allein einen Unterschleif von 600,000 Lire. nsichtlich des Museums ist der Betrag noch nicht festtellt. Die Verantwortung scheint den Stellvertreter schwerkranken Direktors Depetra zu treffen. Gleichhl bat Depetra um Enthebung vom Amte. Gegen Kassirer und den Buchhalter der Verwaltung des useums und der Ausgrabungen von Pompeji wurde Strafanzeige erstattet. — Der Abgeordnete Rosano, terstaatssekretär im Ministerium des Innern unter olitti, soll irrsinnig geworden sein.

Der lombardische Provinzial-Kongreß, der in Bozzolo 19. August abgehalten werden sollte und verboten rde, tagte in Cremona, während auf dem Marktplatz Bozzolo eine Kompagnie Infanterie in voller Kriegsrüstung aufgestellt war, um dem Verbot Crispis chdruck zu verleihen. Es wurden zwei Resolutionen genommen, dahin lautend, daß die Partei sich nicht schüchtern lassen darf, sondern resolute Stellung den eiheitsräubern gegenüber einzunehmen ist. Es ist annehmen, daß der Landeskongreß trotz eines eventuellen, sicheren Verbotes stattfinden wird, und sollten die 300 Delegierten auch verhaftet werden.

Belgien.

Ueber den Lockspitzel v. Ungern-Sternberg hat das tersuchungsgericht in Lüttich den auswärtigen Behörden Resultat der letzten Erhebungen mitgetheilt. Er legt den Namen und freiherrlichen Titel fälschlich bei, ist mehr mit den am 27. April 1865 zu Bohoff im uvernement Voronnije in Rußland gebürtigen Cyprian ilipp Jagolkowsky identisch. Er hörte die Vorlesungen der Akademie der schönen Künste in St. Petersburg den Jahren 1886—1890 an und übersiedelte dann Wilna, lebte dann in Adampol und Slonim in hauen, trennte sich im Dezember 1892 von seiner milie und begab sich nach Belgrad und Sofia. Angs 1893 begab er sich nach Wien, reiste nach kurzem fenthalte von dort nach Bern, wo er angeblich medische Vorlesungen anhören wollte. Im Juni v. Js. te er nach Bourgon-Bresse in Frankreich, ließ sich dort die Fremdenlegion in Algier anwerben, diente auch diesem Korps in Sidi-Bel-Abbès, desertirte aber im i und ließ sich am 17. Juli v. Js. in Oran einen ß, der einem wirklichen Ungern-Sternberg einige Tage her abhanden gekommen war, visiren. Seither lebte unter dem Namen Ernst Baron von Ungern-Sternberg verschiedenen Orten. Während seines Aufenthaltes in tich. und insbesondere am 21. und 28. April hat er folgender Verbrechen schuldig gemacht: 1. lag es in r Absicht, öffentliche Gebäude und bewohnte Häuser ch Explosionen zu zerstören, was er auch theilweise führte; 2. versuchte er an Marcell Renson, Marie bois und Emilie Bodgari Meuchelmorde zu begehen; tahl er als Miturheber und Komplize durch Einbruch Explosionsstoffe in Cherron; 4. nahm er an einer zu dem Zwecke gebildeten Gesellschaft Theil, um Attentate gegen Personen und Eigenthum zu begehen; 5. stiftete er Komplotte zur Verübung von Mordthaten, Devastation und Plünderungen in Lüttich und anderen Gemeinden; 6. beging er Fälschungen öffentlicher und privater Schriften und 7. trug er eben öffentlich den falschen Namen Ungern-Sternberg. Für die Ausforschung und Anhaltung Jagolkowsky's wird eine Belohnung von zehntausend Franks zugesichert. Auskünfte sind an die Staatsanwaltschaft in Lüttich oder an den Untersuchungsrichter Alphons Seny zu richten. Jagolkowsky, der sich auch Jaholkowsky schreibt, ist groß, sehr korpulent, aufgedunsen, hat hohe Schultern, blonde Haare, lichtgraue Augen, platte Nasen, gelblich-blasses Gesicht, blonden langen Schnurrbart, Grübchen am Kinn, zwei Narben am linken Oberarm, wulstige, etwas offen gehaltene Lippen, eine Narbe an einem Bein in der Gegend des Schienbeins; er zieht den Fuß auch etwas nach und geht mit stark auswärts gekehrten Fußspitzen. Jagolkowsky spricht korrekt deutsch, russisch und polnisch und ziemlich gut französisch. — Alle Anklagen, die gegen den famosen Ungern-Sternberg erhoben werden, deuten darauf hin, daß er nichts selbst thun, sondern stets andere verleiten wollte. Es handelt sich hier unzweifelhaft um einen ganz geriebenen Lockspitzel, der leider nicht erwischt werden wird.

Rumänien.

Dem „Vorwärts" wird geschrieben: Eine Fluth von Beamtenversetzungen und Ernennungen ließ in letzterer Zeit Jedem, der die rumänischen Verhältnisse kennt, merken, daß Oben etwas geplant wird. Und wirklich, nachdem sie vorher lange gezögert hatte, veröffentlichte die Regierung die neue Gemeindeordnung und raumte die damit verbundenen Neuwahlen für die Gemeindevertretung auf den 6. September (15. alten Stils) an. Das Zeichen zum Kampf war somit gegeben. Die persönlichen Gehässigkeiten zwischen Liberale und Konservative (der Regierungspartei) sind wieder an der Tagesordnung und von beiden Seiten her wird nach der alten Devise gearbeitet: „Vor der Wahl möglichst viel versprechen und nach der Wahl möglichst wenig halten." Die sozialdemokratische Partei allein ist es, die in diesem Jahr den „historischen Parteien" die Suppe versalzt. Dem Beschlusse des Bukarester Parteitags gemäß wird sie sich rege an den Wahlen betheiligen und wenn nicht viel so doch etwas für das Volkswohl erkämpfen. Die konservative Partei tritt nicht unter den günstigsten Bedingungen in den Wahlkampf ein. In Jassy erhob sich die ärmere Bevölkerung und es gab Unruhen an der Stadtgrenze. Eine Abordnung der Bevölkerung forderte im Rathhause den Bürgermeister auf, er möge die Steuern aufheben, und drohte, falls keine Besserung eintreten sollte, in verstärkter Zahl wiederzukommen. Dagegen sind die Wahlen für die Großpächter eine willkommene Gelegenheit, um die Pacht der Staatsgüter oder wenigstens einen Theil derselben, als Entgelt für ihre Stimmen einzustreichen. Diese Herren, die es im Auslande nie unterlassen können, den großen Mann zu spielen, kündigen jetzt alle von ihnen gepachteten Staatsgüter oder verlangen eine Verminderung des Pachtzinses; und dies, nachdem sie sich bei den Pachtversteigerungen gegenseitig zu überbieten und zu übertölpeln suchen, so daß es vorkommt, daß die Pacht eines Gutes von 50 000 auf 150 000 Franks in die Höhe getrieben wird. Natürlich vermag das Gut nicht so viel zu ertragen und bei dem System, welches in Rumänien noch herrscht, das gepachtete Gut an den Bauer weiter zu verpachten, fällt die ganze Last auf den Letzteren. So stellte sich die Pacht in dem Dorfe Filesti (Caruliner Bezirk) so hoch (56 Franks per Falce), daß die Bauern sich weigerten, die Ernte zu sammeln, da sie nicht einmal die Pacht einbringen könne. Sie forderten den Großpächter auf, er möge selbst ernten. — Daß die Bevölkerung bei solchen Zuständen nicht in den Chor der „Wohlgesinnten" mit einstimmen wird, ist wahrlich nicht die Schuld der sozialdemokratischen „Hetzer".

Lübeck und Umgegend.

24. August.

Die Amtstracht des Senates. Ueber diese in letzter Zeit mehrfach erwähnte Frage läßt sich die „E.-Z." schreiben:

„Auswärtige Blätter wollen wissen, daß der lübeckische Senat die Einführung einer Amtstracht beabsichtige. So viel wir über die Sache in Erfahrung gebracht haben, handelt es sich keineswegs um die Einführung einer Prunktracht sondern lediglich um eine Bequemlichkeit für die Senatoren. Bekanntlich fahren die Mitglieder des Senates nicht zu den Sitzungen im Rathhause, sondern sie gehen dorthin. Im Rathhause tragen sie statt des Ueberrocks den Frack, im Frack aber über die Straße gehen, geht nicht gut an und so sahen sich die Senatoren oft bei der größten Sommerhitze gezwungen über den Frack noch den Sommerpaletot zu ziehen. Sie möchten es nun gerne angenehmer haben; im einfachen Geschäftsanzug möchten sie in's Rathhaus gehen und dort vor Eintritt in den Sitzungssaal eine einfache schwarze Robe, ähnlich wie sie die Richter tragen, umhängen. Nach der Sitzung würde die Robe wieder abgelegt und der Herr Senator könnte draußen unbehindert durch den Frack sofort wieder seinen Geschäften nachgehen. Gegen die Einführung einer solchen „Amtstracht" haben wir nichts einzuwenden."

Aber wir; denn auch die Amtstracht des Richters kann unsere Vorliebe durchaus nicht finden! Eine derartige Kostümirung des Senates würde das Ganze mit dem Nimbus des Pfaffenthums umgeben und der Stellung des Senates als Staatsbehörde durchaus nicht wohl anstehen. Wir denken, daß schon genügend gegen den Ueberwurf der Rechtsgelehrten gezetert ist und nun will man ihn gar noch als Senatskleid einführen? Eine derartige Tracht verleiht dem Besitzer eine Würde, die ihn „Göttern gleich" macht, sie entkleidet ihn aber zugleich seiner Stellung als Mensch. Ein Beweis hierfür: Einem schlichten Landmanne, der weder als Zuschauer, Ankläger, noch Zeuge je ein Gerichtshaus betreten hatte, passirte das Unglück, als Zeuge geladen zu werden. Als er die Thür zum Gerichtssaale öffnet, und die Richter in schwarze Kittel sitzen sieht, ergreift ihn ein Schauder, er nimmt Reißaus und flieht nach seiner heimathlichen Schwelle zurück. Am Heimathsorte ausgeforscht, weshalb er die Verhandlung nicht abgewartet habe, weist er die unnützen Frager mit den Worten zurück: „Ich fürchtete mich vor den schwarzen Männern." Nicht etwa beruht auf müssiger Erfindung diese Erzählung, im Gegentheil, sie ist leider nur zu wahr, sie ereignete sich vor mehr als Jahresfrist in Breslau. Wir haben diesen Fall nur angeführt, weil er typisch ist, und weil wir uns sagen, nicht das Kleid macht den Menschen. Wir halten es in dieser Beziehung mit Charles Dickens, dem berühmten englischen Humoristen: „Ein Feldmarschall hat seine Uniform, ein Bischof sein Ornat, ein Richter seine große Perrücke, ein Kirchspieldiener seinen dreieckigen Hut. Man nehme dem Richter seine Perrücke, dem Bischof sein Ornat, oder dem Kirchspieldiener seinen dreieckigen Hut, und was sind sie? Weiter nichts mehr als Menschen — blos Menschen. Würde, und bisweilen sogar Heiligkeit, hängen mehr von Uniformen, Ornaten, Perrücken und Hüten ab, als viele Leute sich träumen lassen." Wir sind der Meinung, daß der Senat einer Republik einer derartigen Umkleidung seiner Würde nicht bedarf. Wenn nun die „E.-Z." noch hervorhebt, daß man die Kleidung nur dazu benutzen will, um nicht im Frack über die Straße zu gehen, so dürfte sich auch hier ein Ausweg finden lassen. Tragen etwa im Reichstage die Vertreter der Regierung Talare? So weit unsere Kenntniß reicht, durchaus nicht. Und sie müssen doch auch über die Straße gehen. Wir möchten uns allen diesen Gründen die Einführung einer Amtstracht durchaus nicht befürworten.

Neue Tracht. Dem Vernehmen nach erhalten die Leichenbestatter und -Träger in nächster Zeit neue Trachten. Dieselben sind der Kleidung bei den Leichenbestattern außer einigen kleinen Aenderungen ziemlich ähnlich, nur die Hüte sind kleiner und mit einem silbernen Stern versehen; auch sind am Hutrande schwarze Schwanfedern befestigt. Wie es heißt, zahlt der Staat die ersten Anschaffungskosten und erhalten die Festangestellten monatlich den Betrag in Abzug gebracht. Charakteristisch ist, daß die alte Tracht bei den letzten Klassen aufgebraucht werden kann.

Aegidienkirche. Der renovirte Knopf und der Hahn sind gestern Morgen um 7 Uhr wieder auf den Aegidienkirchthurm aufgesetzt worden. In den Knopf wurde eine 34 Centimeter im Durchmesser haltende Blechkapsel hineingelegt. Außer einem Schriftstück, auf welchem der Sturm vom 17. Februar 1894 als Ursache der Renovation angegeben und die Namen der an der Reparatur betheiligten Handwerker und des Gemeinde-Vorstandes angeführt sind, wurden in die Kapsel noch die fünf hiesigen Zeitungen hineingelegt. Eine kleinere Kapsel, welche ebenfalls in den Knopf gelegt wurde, enthält vom 2-Mark-Stück abwärts sämmtliche Münzstücke mit der Jahreszahl 1893. Im Innern des Knopfes wurde noch folgende eingetriebene Inschrift vorgefunden:

Catharina Behren
Heinrich Mein
Anno 1680.

Wie vermuthet wird, ist dies die Verlobungsanzeige des ehemaligen Herstellers des Knopfes.

Von der Straßenbahn. Zum Davonlaufen ist es, sagte uns jemand, der auch thatsächlich davongelaufen war, nämlich ein Wagenführer der elektrischen Straßenbahn. Er ist übrigens nicht der einzige, sondern es haben auch außer ihm in der letzten Zeit verschiedene den Dienst verlassen. Wenn man allerdings die Arbeitszeit, den Verdienst und die Behandlung der Leute kennt, dann wird man sich darüber nicht wundern. Die Leute haben eine Arbeitszeit von mindestens 16 Stunden, sie müssen Morgens um 6 Uhr im Schuppen sein und kommen Abends im günstigsten Falle um 10½ Uhr nach Hause, dann müssen sie natürlich noch ihren Wagen nachsehen, wie es in ihrer Instruktion heißt. Mittagspause giebt es für diejenigen, die in der Stadt fahren 30, für die vor den Thoren 45 Minuten. In vielen Fällen, so bemerkte der Betreffende, sei es den Wagenführern garnicht einmal möglich, in Ruhe ihr Mittagsessen zu verzehren. Für diese außerordentlich lange Arbeitszeit, bekommen nun die Wagenführer einen Lohn von 2,50 Mk. pro Tag. Sie haben dann allerdings noch 1 Prozent vom Fahrgeld, doch macht dieses monatlich höchstens 6 bis 8 Mk aus. Bei diesem enormen Verdienst soll dann auch noch Kaution gestellt werden, die allerdings von den Angestellten noch nicht verlangt ist. Einen ganz freien Täg giebt es überhaupt nicht. Wohl haben die Führer jenden fünften oder sechsten Tag, einen sogen. freien Tag, doch müssen sie an demselben Mittags 2 bis 3 Stunden ablösen. Daß nun von einem Verdienst von 2,50 Mk. täglich auch noch Strafen bezahlt werden müssen, sollte man kaum glauben, aber doch ist es so Aber diese Strafen sind nicht, wie man erwarten dürfte, in der Dienstanweisung festgesetzt, es liegt vielmehr in dem freiwilligen Ermessen des Inspektors, diese zu bestimmen. Was die Dienstordnung selbst anbetrifft, so sieht dieselbe ganz so aus, als habe man es mit einem militärischen Institut zu thun. Auch die Behandlung der Wagenführer ist der Behandlung, die in Kasernen üblich ist, ähnlich, wie ein Ei dem andern. Die Wagenführer beklagen sich besonders über die Grobheit des Inspektors. So soll z. B. ein Führer entlassen sein, weil er während des Dienstes eine Rose im Munde gehabt habe (!); ob dieselbe weiß oder roth war, wußte unser Gewährsmann allerdings nicht. Bei den geringsten Unregelmäßigkeiten, die vorkommen, werden die Führer auf eine schwarze Tafel geschrieben, um dann einige Tage im Wagenschuppen öffentlich auszuhängen. Im Monat Juli richteten die Wagenführer ein von ihnen sämmtlich unterschriebenes Gesuch um eine Lohnerhöhung an den Inspektor, in welchem außerdem auch noch der Wunsch ausgesprochen wurde, den freien Tag wirklich zu einem solchen zu machen, indem das Ablösen in den Mittagstunden in Wegfall komme. Hierauf wurde ihnen zunächst der Bescheid, daß augenblicklich dazu keine Zeit sei; sie möchten im August nochmals eine Eingabe machen und dann sollten nur Diejenigen unterzeichnen, welche Kaution gestellt hätten. Von dem Fortfallen der Ablösung könne überhaupt nicht die Rede sein, bedeutete der Inspektor sofort. Obgleich der Inspektor das Recht, die Eingabe zu unterzeichnen, von der Stellung der Kaution abhängig machte, weigerte er sich, von einem der Wagenführer die Kaution anzunehmen, und bemerkte dem Betreffenden, er werde sich die Kaution schon selbst fordern. Der Herr Inspektor will gewiß schon lange warten, bis sich die Führer von ihrem enormen Verdienst das Geld erspart haben. Die Eingabe ist von 14 Führern nun abermals unterschrieben und eingereicht, doch

konnten wir nicht angeben, wie weit die Sache bis jetzt gediehen ist. Wenn wir uns über die Forderung der Lohnerhöhung und der Abschaffung der Ablösung ein Urtheil erlauben dürfen, so müßten wir sagen, daß die Forderungen noch viel zu gering sind. Man denke sich in die Lage eines solchen Wagenführers hinein. Ihr Dienst ist gewiß ein schwerer und verantwortungsvoller. Sie sollen auf Alles achten, was vor ihnen vorgeht und sie sollen auch auf die Fahrgäste Acht haben, dabei aber noch höflich und zuvorkommend sein. Wenn jemand 5 Tage lang jeden Tag fast 15 Stunden gestanden hat, so ist es wohl gerecht und billig, wenn er dann mal einen Tag ganz für sich hat. Was die Bezahlung anbelangt, so glauben wir, daß auch im Publikum für die gerechte Forderung der Wagenführer Sympathie vorhanden sein wird. Wenigstens ist dieses den Führern wiederholt von verschiedenen Fahrgästen versichert worden. Wo die Strafgelder, die noch von der alten Gesellschaft erhoben wurden, geblieben sind, weiß Niemand, obgleich es damals geheißen hat, dieselben sollten zum Besten der Arbeiter verwandt werden.

Rate, rate, rate! Die Wochenschrift „Das neue Blatt" hatte erzählt, daß Herr von Kiderlen-Wächter, der neue preußische Gesandte der Hansestädte, als er in Lübeck eintraf, um dem Bürgermeister sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, das letztere vergessen habe. Die Geschichte soll nicht wahr sein. Herr von Kiderlen-Wächter hat sein Beglaubigungsschreiben bald nach seiner Ankunft dem Bürgermeister überreicht, hat aber Mittags die Stadt schon wieder verlassen. Vergessen soll allerdings „etwas" in Hamburg auf der Gesandtschaft sein, und es soll darum sehr energisch telephonirt worden sein, aber das Beglaubigungsschreiben ist es nicht gewesen. Was war's nun?

Falsches Geld. Ein falsches 1-Mark-Stück mit der Jahreszahl 86 und dem Münzzeichen E wurde von einem Bäckermeister dem Polizeiamte eingeliefert.

Mit der Frage, ob ein Lehrling, der die kontraktlich vereinbarte Lehrzeit beendet, ohne Weiteres als Geselle zu betrachten ist, hatte sich dieser Tage das Berliner Gewerbegericht zu beschäftigen. In Anbetracht dessen, daß ein derartiger Fall sehr häufig vorkommt, führen wir ihn zur Orientirung unserer Leser an. Der Schneidergeselle Georg Goldberg beansprucht von seinem ehemaligen Lehrherrn, dem Schneidermeister Wernicke, als rückständigen Lohn für die Zeit vom 1. Mai bis 21. Juni den Betrag von 18 Mk. Der Beklagte bestreitet, daß der Kläger von ihm noch etwas zu fordern habe. Derselbe sei in der betreffenden Zeit noch Lehrling gewesen; außerdem macht der Beklagte noch als Gegenforderung geltend, daß er vom Kläger für die Zeit, in welcher derselbe mit der Anfertigung seines Gesellenstückes beschäftigt war, 6 Mark 80 Pfg. für acht Tage Kost und Logis zu fordern habe. Es wurde festgestellt, daß der Kläger am 1. November 1890 beim Beklagten als Lehrling eingetreten und laut Vertrag zu einer 3½jährigen Lehrzeit verpflichtet gewesen ist. Dieselbe war demnach am 1. Mai 1894 abgelaufen. Der Kläger ist aber, da die nächste Quartalsversammlung erst am 9. Juli stattfand, erst an diesem Tage zum „Gesellen gesprochen worden" Das Gewerbegericht verurtheilte den Beklagten zur Zahlung der geforderten 18 Mark, da der Kläger, wenn auch nicht dem Namen nach, so doch thatsächlich Geselle gewesen ist. Der Gegenforderung des Beklagten sei unberechtigt. Ein Lehrling, welcher sein Gesellenstück mache, habe nicht die Verpflichtung, seinem Meister für die betreffende Zeit Kost und Logis zu vergüten.

Leichenfund. Zwischen der Beckergrube und der Klemenstwiete in der Nähe des Trägerschuppens wurde heute Morgen gegen 6 Uhr von einem Arbeiter eine männliche Leiche aus der Trave gezogen. Der Ertrunkene war anständig gekleidet und hatte keinen Bart. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht recognoscirt. Durch zwei Straßenreiniger wurde sie nach der Leichenhalle im Marstall transportirt.

Gestohlen wurde am 21. d. M. dem Maschinenbauer Ring in einer Wirthschaft an der Untertrave ein Packet, worin sich unter anderen Sachen seine sämmtlichen Legitimationspapiere befanden. Des Diebstahls verdächtig ist ein bis jetzt noch nicht ermittelter Seemann, welcher gleichzeitig in der Wirthschaft anwesend war. Die Papiere lauten auf den Namen Max Karl Robert Alexander Ring, geboren am 9. September 1869 zu Stettin.

Schlutup. Räucherei-Saison. Im Laufe der Woche hat der Heringsfang an der dänischen und südschwedischen Küste begonnen und täglich treffen hier schon kleine Zufuhren ein. Die Heringe werden geräuchert zum Versandt gebracht und sie sollen ganz besonders schmackhaft sein. Die Einfuhr von Sprotten ist noch gering, der Monat September ist der beste Monat für den Fang dieser Fische. (H. F.)

Am gestrigen zweiten Ziehungstage der 4. Klasse der 306. Hamburger Stadt-Lotterie wurden nachfolgende Nummern mit nebenstehenden Hauptgewinnen gezogen: Nr 78460 mit 65000 Mk., Nr. 72609 mit 15000 Mk., Nr. 79264 mit 1500 Mk., Nr. 78043 mit 500 Mk., Nr. 23327 40907 49773 68441 96320 à 300 Mk., Nr. 57800 70647 70680 77468 77474 81798 101449 103391 à 200 Mk. (Ohne Gewähr.)

Rendsburg. Die in Neuwerk grassirende Augenkrankheit hat eine derartige Ausdehnung genommen, daß in Folge sanitätspolizeilicher Anordnung sämmtliche Klassen der beiden Volksschulen bis zum nächsten Donnerstag geschlossen wurden.

Flensburg. Zum Mord bei Feldstedt. Das Geständniß des Arrestaten Termannsen geht dahin, daß er an der Christine Jessen ein Sittenverbrechen verübt und als sie gedroht, die That zur Anzeige zu bringen, habe er sie an die Kehle gefaßt. Des Mordes bekennt er sich jedoch nicht schuldig, vielmehr sucht er die Sache so darzustellen, als ob das Mädchen im Gefühl der erlittenen Schmach sich selbst das Leben genommen habe. Gegen diese Darstellung spricht jedoch der ärztliche Befund, welcher feststellt, daß das Mädchen als Leiche in die Tränkstelle geworfen ist. Die Mordaffaire hat einen weiteren schweren Verdacht auf Termannsen gelenkt. Vor einigen Jahren wurde in der Stadt Schleswig an einem achtjährigen Mädchen, Namens Kruse, in der Nähe der Kaserne ein Lustmord verübt. Man wollte damals gesehen haben, wie ein Soldat sich von der Stelle, wo man später den Leichnam des Kindes fand, schnell entfernte. Nun soll sich herausgestellt haben, daß Termannsen die Zeit in Schleswig in Garnison gestanden hat.

Warnemünde. Seehundsplage. Wenn auch die hiesigen Fischer von der unangenehmen Bekanntschaft, welche dieselben oft mit den Seehunden zu machen haben, ein Liedchen zu singen wissen, so gehört es doch immer zu den Seltenheiten, daß man an unserer Küste die Thiere zu Gesicht bekommt. Gegenwärtig jedoch zeigen sich wieder Seehunde bei der Stoltera in der Nähe von Wil[illegible] höh. Der Schaden, welchen die Seehunde den Fischern zu[illegible] ist oft ganz erheblich, indem dieselben aus den halbkreisförm[illegible] dem Meeresgrunde stehenden Netzen sich die besten Scholle[illegible] Dorsche herausholen, von dem Dorsch bleibt nur der Kopf [illegible] während der Seehund die Schollen mitten durchbeißt. [illegible] häufiger als bei uns trifft man den Seehund drüben a[illegible] dänischen Küste von Gjedser, wo das weit in die See hineinrei[illegible] Vorland, Rother Sand genannt, den Lebensbedingungen der [illegible] mehr entspricht, und wird hier oft erfolgreiche Jagd auf di[illegible] gemacht.

Neueste Nachrichten.

Der „Hamb. Börsenh." zufolge herrschte Ende [illegible] unter den Sudanesen der Kameruner Schutztruppe [illegible] revolutionäre Gährung, welche sich gegen den Gouve[illegible] Zimmerer wendete. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Paris. Der „Radikal" veröffentlicht während [illegible] letzten Tage heftige Angriffe auf die Regierung [illegible] welchen dieser vorgeworfen wird, sie bereite durch [illegible] Maßregeln gegen die Freiheiten der Presse der Mon[illegible] und noch mehr dem Cäsarismus den Weg.

Rotterdam. Donnerstag Morgen fand eine Expl[illegible] statt auf einem der anläßlich des Besuches der Königi[illegible] in Vliessingen liegenden holländischen Kriegsf[illegible] Sechs Soldaten der Bemannung wurden schwer, [illegible] tödtlich verwundet.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemü[illegible]

Angekommen:

Donnerstag, den 23. August.

6,15 U. N. Danevill, Janson, von Sonderburg in 1 Tg.

Freitag, den 25. August.

4,15 U. V. D. Halmstad, Lundin, von Kopenhagen in 12 S[illegible]
6,20 U. V. D. Svithiod, Blomberg, von Kalmar in 24 Std[illegible]
7,20 U. V. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.
8,— U. V. Haino, Linell, von Nystad in 20 Tg.
8,— U. V. Bertha, Borgwardt, von Linkamm in 7 Tg.

Abgegangen:

Donnerstag, den 23. August.

12,15 U. N. D. Fehmarn, Ehler, nach Fehmarn.
12,30 U. N. Petrea, Schött, nach Kiel.
2,— U. N. Dorothea, Plambeck, nach Heiligenhafen.
7,20 U. N. D. Lübeck, Hultman, nach Kopenhagen.

Freitag, den 24. August.

7,40 U. V. D. Thor, Madsen, nach Nakskov.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vm.: 6,[illegible] N.-W., sehr schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Dora ist am 22. d. M. in Memel angekommen.
D. Lubeca ist am 22. d. M. von Sunderland in Dundee gekommen.
D. Straßburg ist am 23. d. in Kronstadt angekommen.
D. Wiborg ist am 22. d. M. von Kotka nach Aarhus abgega[illegible]
D Elita ist am 22. d. M. von Libau auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Nach langen schweren Leiden entschlief am 22. August, 5½ Uhr, mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater **F. H. Kranz** in seinem 57. Lebensjahr. Tief betrauert von mir, meinen Kindern und Allen, die ihm nahe standen. **Doris Kranz** geb. **Lender.**

Geschäfts-Anzeigen.

Oelfarben, schnell trocknend, äußerst dauerhaft, fix u. fertig z. Gebrauch. Pinsel, Siccativ, Abzugpapier. Ferd. Kayser, Breitestr. 81, Farben u. Drog.

Jeden Sonntag Morgen
frischen Schweinebraten
(Spießbraten)
Aug. Scheere,
Holstenstraße.

Gute geräucherte Mettwurst
das Pfund 70 u. 90 Pf.
empfiehlt **Aug. Scheere,**
Holstenstraße 27.

Billig Billig
soll ein Posten
Buckskin-Reste
verkauft werden.
Pfaffenstraße 9.

„Lion"
Feuerversicherungs-Gesellschaft in London.
Versicherungen für obige Gesellschaft nimmt gerne entgegen **Der General-Agent**
H. Pottharst, Lübeck,
79. Wahmstraße 79.

Cravatten, Wäsche, Handschuhe, Schirme, Spazierstöcke, Hosenträger u. s. w.
kauft man am billigsten bei
Robert Bendfeldt, Holstenstraße 6. Kupferschmiedestraße 26.

Probehefte und Prospekte durch alle Buchhandlungen.
Soeben erscheint
in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.:
MEYERS KONVERSATIONS LEXIKON
Fünfte, neubearbeitete u. vermehrte Auflage.
17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne
152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.
Bestellungen auf **Meyer's Konversations-Lexikon** nimmt jederzeit zu bequemen Bezugsbedingungen an die **Buchhandlung** von
Fr. Meyer & Co., Lübeck,
Gr. Altefähre 35/37.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Friedr. Meyer & Co.

Gute französische Kartoffeln
vom Sandboden, empfiehlt billig
A. Klinke, Reiferstraße 14 a.

Stellen-Angebote und Gesuche.

Ein Lehrling gesucht zu sofort od. später.
J. Löffler, Lederwaaren-Fabrik, Schmiedestraße 19.

Zu sof. ein Schuhmachergeselle gesucht.
Böttcherstraße 30.

Vermiethungen und Mieth-Gesuche.

Zum 1. Oktober eine **Parterre-Wohnung,** 2 Zimmer, Küche mit Wasser und Keller. Miethe 120 Mk Langer Lohberg 41.

Vermischtes.

Zum Ohrringe-Einstecken
empfiehlt sich Frau **E. Hannemann,** Marlesgrube 6, part.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten der Koch'schen Werft für die reichliche Unterstützung, die uns zu Theil wurde, sagen wir unsern aufrichtigen Dank.
W. Marks und Frau.

Verkäufe und Kauf-Gesuche.

Zu verkaufen **ein fast neues Reol,** passend zu Schuhwaaren. Hafenstraße 8.

Zu verkaufen **ein kleiner Koch-Ofen Rohr, billig.** Mittelstraße 5, Parter[illegible]

Vereins- und Vergnügungs-Anzeig[illegible]

Waisenho[illegible]
Jeden Mittwoch u. Sonnabend
Quadrille-Uebun[illegible]
Anfang 8½ Uhr.
Meldungen werden daselbst entge[illegible] genommen. **Der Tanzlehrer**

TIVOLI.
Heute Sonnabend den 25. August
Von 6 Uhr an:
Gr. Garten-Frei-Concer[illegible]
Präc. 8 Uhr:
Große Vorstellung.
Schluß der Spielzei[illegible]
Freitag den 31. August 1894

Club Germani[illegible]
Sommer-Fest
verbunden mit Scheibenschieß[illegible]
Damen- u. Kindervergnügen
am Sonntag den 26. August 18[illegible]
auf der Wakenitz-Bellevue.
Anfang des Schießens, sowie des Dan[illegible] und Kindervergnügens 3½ Uhr. An[illegible] des Balles 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Einführung gestattet.
Der Vorstan[illegible]

Zur Erinnerung!
Seefahrer-Krankenkasse[illegible]
Sommer-Fest
verbunden mit Vogelschießen, Damen- und Kindervergnügen.
am Sonntag den 26. August 1894 auf Neu-Lauerhof.
Die Gewinne nebst Prämien bestehen in Silberzeug.
Sollte einer unserer Kollegen oder Freunde bei der Einladung vergessen sein, so bi[illegible] wir dieses hiermit zu entschuldigen.
Karten sind noch bei **E. Evers,** Engelsgrube, zu haben.
Der Ueberschuß ist zum Besten der Kasse bestimmt.
Das Fest-Comité

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 124. Sonnabend, den 25. August 1894. 1. Jahrgang.

Bekleidungs-Industrie-Kongreß.

Erfurt, 20. August.

Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten des Bureaus erledigt sind, erfolgt in der Nachmittagssitzung Eintritt in die Tagesordnung. Der Vorsitzende Bock-Gotha verliest die zuerst zur Erledigung gelangende und den Kernpunkt des ganzen Kongresses bildende Frage, welche folgendermaßen lautet: „Ist die Gründung eines Bekleidungs-Industrieverbandes zweckmäßig und nothwendig?“ Vom Bureau aus wird der Vorschlag gemacht, vor Beginn der Generaldiskussion erst einem Referenten für und einem gegen diesen wichtigen Punkt das Wort zu gestatten. Delegirter Kämming-Stettin hält die Referate für überflüssig. Die Frage sei in Versammlungen und durch die Presse hinreichend erörtert worden. Er beantragt Uebergang zur Generaldiskussion. Dieser Antrag wird abgelehnt. Hierauf erhält der zweite Vorsitzende Reißhaus-Erfurt das Wort, um in längeren Ausführungen für die Gründung des Bekleidungs-Industrie-Verbandes zu plaidiren. Redner erläutert zunächst die Gründe, welche diesen Industrie-Kongreß veranlaßt. Vor zwei Jahren haben die Schneider auf ihrem Verbandstag eine Resolution angenommen, wonach innerhalb zwei Jahren ein Industrie-Kongreß einzuberufen sei, der sich mit der vorliegenden Frage zu beschäftigen habe. Die Schuhmacher machten später diese Resolution zu der ihrigen. Der Halberstädter Gewerkschaftskongreß ließ ebenfalls seine Einwirkung in dieser Beziehung zurück und so ist denn der heutige Kongreß zu Stande gekommen. Recht seltsam erscheine es nun, daß Redner, welche auf dem Halberstädter Kongresse den Industrieverbänden das Wort sprachen, später gegen diese Gründung agitiren, wie aus dem betreffenden Protokoll beispielsweise auf Seite 31 ersichtlich. Das Verlangen nach Verbänden ist übrigens keineswegs neueren Datums. Bereits im Jahre 1869 habe man nach solchen gestrebt. Durch das Ausnahmegesetz sei aber diese Anstrebung vereitelt worden. In den achtziger Jahren habe man denn Lokalorganisationen geschaffen, dabei aber die Zentralorganisation keineswegs außer Acht gelassen. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes sei dann sofort auf dem Berliner Kongreß die Zentralisation schärfer angestrebt worden, was 1892 den Halberstädter Kongreß zur Folge hatte. Dort wurde dann mit übergroßer Majorität eine Resolution zu Gunsten der Industrieverbände angenommen. Die Lokalorganisationen sind eben veraltet und finden bei allen Denen, welche die Macht der Zentralisation begriffen, keine Vertheidigung. Es sei unzutreffend, wenn man eine Vereinigung der Branchen deshalb für unmöglich halte, weil die Beitragsleistungen ungleiche sind und eine Ueberbürdung des Zentralorgans befürchtet. Auch der Umstand, daß die Verschiedenartigkeit der Beschäftigung, wie Klein- und Fabrikbetrieb hier hindernd in den Weg trete, ist nicht stichhaltig. Daß sich die Hausindustrie zum Fabrikbetrieb entwickelt, ist bei unserer rapid fortschreitenden Vervollkommnung der Maschinentechnik nur noch eine Frage der Zeit; dies gelte auch für die Schneider. Die Schuhindustrie sei bereits zum größten Theil Großbetrieb. Bezüglich der Presse glaubt Redner, ein im Wesentlichen einheitlich gehaltenes Centralblatt bedeutend billiger und reichhaltiger herzustellen als ein Organ für einzelne Branchen mit geringer Abonnentenzahl. Er erinnert hier an den „Tabackarbeiter“. Dieses Blatt sei seiner Zeit von allen Berufen gern gelesen worden. Von großem Nutzen ist es, wenn ein organisirter Arbeiter durch seine Zeitung auch von der Lage der anderen Berufszweige Kenntniß erhält. Wie die verschiedenen Waffengattungen unseres Heeres zu einzelnen Armeekorps vereinigt werden, die jeder Zeit bereit sind, gemeinsam gegen einen Feind loszuschlagen, so sollten sich die Arbeiter im gemeinsamen Kampf gegen den einen Feind, den Kapitalismus, formiren. Die Beitragsleistung der einzelnen Klasse lasse sich ebenfalls und zwar durch statistische Nachweise regeln. Nach letzteren könne man ja dann die Unterstützung der einzelnen Klassen, z. B. bei Streiks, normiren. Redner bedauert im Weiteren, daß man viele Gegner von Industrie-Verbänden nur dadurch habe, weil diese glauben, durch diese Verbindung ihre Posten zu verlieren. Dieses persönliche Verhalten müsse die Arbeiterschaft einfach ignoriren. Bezeichnend ist es, daß es namentlich kleinere Orte sind, die eine Centralisation anstreben. Diese Leute fühlen sich eben alleinstehend, zu schwach in ihrer Zahl, um einen Kampf gegen das Kapital zu unternehmen. Lediglich die Großstädte sind es, die glauben, genügend Arbeiter bei ihren Kämpfen hinter sich zu haben. Indem Referent noch seiner Verwunderung darüber Ausdruck giebt, daß die Generalkommission nach Erfurt gekommen sei, um – ihrer Aufgabe zuwider – gegen die Industrieverbände zu stimmen, schließt er mit dem Wunsche, daß der heutige Kongreß nicht nutzlos an uns vorübergehe, sondern uns wenigstens im Prinzip der Centralorganisation, gleichgültig in welcher Form, zuführen möge. (Beifall.) Als Korreferent erhält nun Genosse Bock-Gotha das Wort. Er erklärt von vornherein, daß er nicht prinzipiell Gegner der Gründung von Industrieverbänden sei, sondern er halte dieses Unternehmen als verfrüht. Bereits im Jahre 1872 habe in Erfurt ein Genosse, Namens Theodor York, für Industrieverbände eine rege Agitation entfaltet. Leider blieb damals diese mühevolle Arbeit ohne den geringsten nachhaltigen Erfolg. Eine Holzarbeiter-Union sei seiner Zeit in Erfurt ebenfalls ins Leben gerufen worden, doch auch diese habe kaum eine einjährige Existenz gefristet. Die total indifferente Masse kann eben der Organisation nur durch Einverleibung der einzelnen Branchen-Organisationen zugeführt werden. Ein Industrieverband sei der Agitation und den Streiks mehr schädlich wie nützlich. Dies zeige der Holzarbeiter-Verband, der während seines kurzen Bestehens bereits um etwa 1000 Mitglieder zurückgegangen sei. Von dem vor wenigen Jahren ins Leben gerufenen Hafenarbeiterverband haben sich die Werftarbeiter ebenfalls wieder abgesondert. Er (Bock) könne nicht begreifen, daß ferner ein Metallarbeiterverband Schlosser, Schmiede, Former u. s. w. in sich vereinige, sind doch die Interessen jedes Einzelnen dieser genannten Berufszweige grundverschieden. Die Behauptung seines Vorredners, daß der größte Theil der Schuhmacher in Fabriken arbeitet, müsse er ebenfalls bestreiten, grade das Gegentheil sei der Fall. Er halte überhaupt Schuhmacher und Schneider für sehr wenig geeignet, durch einen Industrieverband vereinigt zu werden. Die Gerber beispielsweise seien als Lederbearbeitungsbranche hierzu weit eher berechtigt. Bezüglich der Presse hält Redner ein Organ, welches sich ausschließlich mit einer bestimmten Branche befaßt, von größerem agitatorischen Werth als ein Centralorgan, dies zeigte uns die politische Presse zur Genüge. Er warnt vor einem allzu raschen Tempo auf dem Gebiete der Organisationsfrage. Möge man sich vor Beschlußfassung über Gründung eines Industrie-Verbandes ernstlich prüfen, ein solcher Schritt könne von unberechenbaren Folgen sein. Ist er einmal gethan, läßt er sich so leicht nicht wieder gut machen. Timm-Berlin bekämpft die Gründung eines Bekleidungs-Industrieverbandes aus wesentlich denselben Motiven wie sein Vorredner. Kämming-Stettin erachtet einen solchen Verband ebenfalls nicht für nothwendig. Durch die vielen Streitigkeiten um die Form der Organisation werden die Gewerkschaften beunruhigt. Dies müsse baldigst ein Ende nehmen. Wistinghausen-Dresden: Man soll nicht blos an die aufgeklärte Masse, sondern vor allem an die noch indifferenten Arbeiter denken. Die Zeit der Gründung eines Bekleidungs-Industrieverbandes ist verfrüht. Erst müsse der Kastengeist unter den einzelnen Branchen eines gleichen Berufes verschwinden. Bösching-Bremen bekämpft die Gründung eines Verbandes ebenfalls. Eine rege Agitation in den einzelnen Orten sei wichtiger. Philipp-Düsseldorf plaidirt für einen Bekleidungs-Industrieverband. Er glaubt, durch die Verbindung der einzelnen Berufe werde sich die Agitation an kleineren Orten billiger und wirksamer gestalten. Wenn der Holzarbeiterverband in seiner Mitgliederzahl gesunken, so sei dies jedenfalls in Folge besonders ungünstiger Umstände, z. B. Streiks, geschehen. v. Elm-Ottensen vertheidigt die Generalkommission. Die Mitglieder dieser Kommission seien getheilter Meinung über Industrieverbände. Er könne nachweisen, daß selbst Mitglieder von Industrieverbänden in Folge gemachter Erfahrungen Gegner derselben sind. Der Verband der Hafenarbeiter z. B. habe statt Zentralisation eine Dezentralisation herbeigeführt. Die Verhältnisse der Arbeitsbedingungen sind hier eben grundverschieden. Im Holzarbeiterverband ist nur das Gros der Mitglieder, die Tischler, größer geworden, die übrigen Branchen sind durch den Verband rückwärts gegangen. Der Zeitpunkt des allgemeinen Zusammenschlusses ist noch weit entfernt; ihn anzustreben sei jetzt nur ein Ideal. Zwischen Theorie und Praxis müsse man einen großen Unterschied machen. Es werde hier lange über Formen herumgestritten, dabei vergesse man aber, daß der Geist vor allem hier vorherrschend ist. Bezüglich der Presse gehe Genosse Reißhaus zu rasch vorwärts. Den thatsächlichen Verhältnissen müsse man mehr Rechnung tragen. Er (v. Elm) sei ebenfalls der Meinung, daß ein Kartellvertrag zwischen einzelnen Gewerkschaften immer mehr zur Nothwendigkeit werde. Die Selbstständigkeit der einzelnen Branchen-Organisationen müsse dabei aber gewahrt werden. Aus diesem Grunde warne er vor diesem Schritt. Wiesemann-Berlin (Vertreter der Lokalorganisation): Die Verhältnisse in der Großstadt sind vollständig andere als in der Provinz. Nach der Großstadt strömt die indifferente Masse am meisten. Hier aufzuklären ist vor Allem Aufgabe der Lokalorganisation. Grade in Berlin ist die Aufklärung am nothwendigsten. Die Form, in welcher organisirt wird, ist Nebensache, vor Allem ist es mir darum zu thun, daß überhaupt organisirt wird. Ich bedaure daher, daß die nur Gutes anstrebende Berliner Lokalorganisation von der Zentralisation so mißachtet wird. Um so erfreulicher ist es, daß man auf diesem Kongreß den Lokalorganisationen Sitz und Stimme gegeben. — In der Vormittagssitzung vom 21. August wird die Debatte fortgesetzt. Theiß-(Schneider) Hamburg tritt für die Industrieverbände ein, desgleichen Knoop-Frankfurt a. M., Kölle- und Waßner-Hamburg, Sabath- und Stühmer-Hamburg, Greißler-Hof und Geller-Frankfurt a. M. befürworten die Branchen-Organisation. — Es wird ein Geschäftsordnungsantrag angenommen, dahingehend, daß die Rednerliste erst fortgesetzt wird, nachdem die Vertreter der Branchen zum Worte gekommen sind, die noch nicht gesprochen. Zur Debatte stehen noch folgende Resolutionen:

„Der am 20. und 21. August in Erfurt tagende Bekleidungs-Industrie-Kongreß hält die Einführung eines Industrie-Verbandes augenblicklich nicht für zweckmäßig. Die Vertreter der verschiedenen Branchen verpflichten sich, ein Kartell in folgenden Fragen abzuschließen:

1) Bei Aussperrungen sich gegenseitig zu unterstützen.

2) Ihre auf der Reise befindlichen Mitglieder gegenseitig zu unterstützen.

3) Die Agitation gemeinschaftlich zu betreiben.

4) Die Herbergen und Arbeitsnachweise, soweit dieses noch nicht geschehen, zu zentralisiren.

5) Uebertritt von einer Organisation zu der anderen, bei Ortswechsel ohne weitere Formalitäten herbeizuführen.

Die Belege für geleistete Unterstützung sind am Schlusse des Quartals auszutauschen und einzulösen.

P. Reißhaus.

„In Erwägung, daß durch einen engeren Zusammenschluß der Bekleidungs- u. s. w. Branchen an einander, die Agitation und Organisation bedeutend gefördert wird, beschließt der am 20. und 21. August 1894 in Erfurt tagende Bekleidungsindustrie-Kongreß: unter den einzelnen Branchen der Bekleidungsindustrie ist ein Kartellvertrag zu vereinbaren, und zwar unter folgenden Bedingungen: 1) Die Agitation ist unter den in Betracht kommenden Branchen gemeinsam zu betreiben; zu diesem Zweck wird Deutschland in Bezirke getheilt und in diesen Bezirken Agitations-Kommissionen eingesetzt, die möglichst aus allen in Betracht kommenden Branchen zusammengesetzt sind. 2) Zur Betreibung der Agitation und Streik-Unterstützung wird ein gemeinsamer Fonds gegründet, zu dem die einzelnen Branchen gemäß der Stärke ihrer Mitgliederzahl beizusteuern haben. 3) Ist ein gemeinsames Fachorgan für sämmtliche Branchen obligatorisch einzuführen. 4) Sind die einzelnen Organisationen in Bezug auf Leistungen und Gegenleistungen unter gleiche Bedingungen zu stellen.

R. Kämming.

Der Industrieverband wurde, wie wir gestern schon meldeten, abgelehnt.

Soziales und Partei-Leben.

Güstrow. Achtung, Metall- und Holzarbeiter! Der Streik dauert unverändert fort. In der „Güstrower Ztg.“ wird lügenhafter Weise das Gegentheil verbreitet. Wir ersuchen nochmals, den Zuzug fernzuhalten. Anfragen sind zu richten an H. Grapentin, Adr.: C. Kaden, „Stadt Schwerin“, Hagebökerstraße.

Rostock. Achtung, Töpfer! Der Streik der hiesigen Töpfer dauert ununterbrochen fort. Wir bitten dringend, den Zuzug fernzuhalten. Anfragen sind an C. Bugdahn, Rostock, Beguinenberg 10 (Centralherberge), zu richten.

Zum Strafvollzug. Der schwerleidende Genosse Redakteur Kokosky hat vom Rummelsburger Gefängniß aus in das Gefängniß zu Plötzensee überführt werden müssen.

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kretzer.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Urban war es dann jedesmal, als spräche aus diesen gesuchthöflichen Worten etwas wie Spott. Und wenn er mit schief geneigtem Kopf zu dem großgewachsenen Nachbarssohn emporblickte, so lebte er stets in der Einbildung, als mache sein vertrautester Untergebener sich über die „Lange Nase“ eben so lustig, wie sämmtliche Arbeiter in der Fabrik. Er war dann entwaffnet, versuchte das Lächeln seines Prokuristen nachzuahmen, was ihm aber um deswegen schlecht gelang, weil er mit seinen defekten Zähnen keinen Staat machen konnte, drehte sich kurz um und suchte das Kontor auf, um seinen Zorn über das erlittene Fiasko an einem der zahlreichen Kommis auszulassen.

Einmal geriethen Beide doch sehr ernst zusammen. Seitdem Franz verlobt war, hatte er sich gewisse Gewohnheiten angeeignet, die insofern denen Ferdinand Friedrich Urban's ähnelten, als aus ihnen ersichtlich das Bestreben hervorging, zu herrschen und zu befehlen: oder doch zum mindesten Anordnungen zu treffen, wie sie aus den Rechten einer Autorität herzuleiten sind. Mit der Zeit hatten die Arbeiter in der Fabrik sich daran gewöhnt, ihn ebenso zu respektiren wie Urban; ja es kam oft vor, daß man den kleinen Fabrikbesitzer ganz übersah und nur auf den großen Prokuristen hörte, der unter Umständen sehr herablassend sein konnte und in seinen Manieren den gebildeten Mann zeigte, den man bei Urban stets vermißte. Der Letztere beobachtete diese Hintenansetzung seiner Person mit stillem Ingrimm. Als aber einer seiner Befehle nicht befolgt worden war und man sich deswegen auf Franz berief, bot sich ihm endlich die Gelegenheit dar, den gereizten Löwen hervorzukehren. Es gab unter vier Augen einen argen Auftritt.

„Sie thun ja gerade, als wenn Sie hier der Chef wären und ich Ihr junger Mann!“ schrie er in voller Entrüstung, worauf dann sofort die höflichste aller Antworten kam:

„Es würde mir zur größten Ehre gereichen, Ihr Chef zu sein, Herr Urban, denn derartige vortreffliche Menschen findet man selten,“ sagte Timpe junior.

Diesmal aber ließ der kleine Mann sich nicht ködern, trotzdem ihn die Erwiderung wie gewöhnlich etwas verblüfft hatte.

„Wenn das noch einmal vorkommt, dann sind wir geschiedene Leute, verstehen Sie?“

Franz klappte sein Buch zu und sagte gleichgültig: „Da das noch sehr oft vorkommen wird, Herr Urban, so werde ich sogleich gehen. Ich werde meinem Vater zu Füßen fallen und ihn um Verzeihung bitten. Sie wissen, daß Emma großjährig und ihr Vermögen sicher gestellt ist. Mein Vater und ich werden dann ebenfalls eine Fabrik bauen, und damit Sie sich meiner stets erinnern, werden wir das in Ihrer unmittelbaren Nähe, auf der anderen Seite der Straße thun . . . Adieu!“

Er nahm kaltblütig seinen Hut und wollte verschwinden. Nach zehn Minuten aber konnte man ihn nach wie vor auf dem alten Platz finden; denn Urban, vor Entsetzen bleich, hatte ihn in sein Kabinet gebeten, um „vorher noch ein paar Worte“ mit ihm zu wechseln. Man sprach sich sehr vernünftig aus. Franz spielte auch hier den höflichen Mann weiter, der aller nur aus Interesse für seinen Prinzipal thue. Urban bot ihm eine Cigarre an, die er selbst nur in Ausnahmefällen zu rauchen pflegte, reichte ihm selbst, auf den Zehen stehend, das Feuer zu, was sich sehr komisch ausnahm, drückte ihm warm die Hand und glaubte der Versicherung seiner Hochachtung nicht besser Ausdruck geben zu können, als daß er ihn mehrmals hintereinander mit „mein junger Freund“ anredete. So erneuerte man denn das Bündniß und trennte sich als die alten Ehrenmänner.

Die Züge Urbans's veränderten sich erst, nachdem die Thür sich geschlossen hatte. Aus dem liebenswürdigen Chef entpuppte sich der gefesselte Zwerg, der seine Ohnmacht fühlt und die berechtigte Wuth nicht hervorkehren darf. Oh, das hätte ihm noch gefehlt, daß dieser große Schlingel sich jetzt aus dem Staube machte, nachdem er ihn in seine Geschäftskniffe eingeweiht hatte; und nur zu dem Zwecke, um den halbtodten Gegner jenseits der Mauer wieder lebendig zu machen. Wenn dann Vater und Sohn an's Aussprechen kämen, würden schöne Sachen zum Vorschein kommen, deren Folgen er allein zu tragen hätte. Und überdies das schöne Geld seiner Stieftochter, das er durch die dereinstige Kompagnieschaft ihres zukünftigen Mannes für sein Geschäft zu kapern gedachte. Er hätte im Bewußtsein dieses doppelten Verlustes keine Nacht ruhig schlafen können um sich das Leben bis an ein Ende verbittert.

Franz zeigte heute große Unlust zum Arbeiten; er kam aus dem Gähnen nicht heraus. Seine ganze Beschäftigung bestand darin, nach der Straße hinunter zu blicken, seine Nägel putzen und an den Spitzen seines Schnurrbartes zu drehen, der jetzt in üppiger Fülle sein Gesicht zierte. Ueberhaupt sah er sehr blaß und abspannt aus. Die Augen erschienen trübe, als hätte er die Nacht wenig geschlafen.

Im großen Kontor machte man durchaus kein Geheimniß daraus, daß er ein sehr lockeres Leben führe

Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Bremen (Schulzes Werkstätte), Delmenhorst, Laage i. M., Rabenau, Wilhelmshaven, Pest, Christiania (Norwegen); von Korbmachern nach Oslebshausen bei Bremen (G. Barres Werkstätte); von Drechslern nach Lauterberg (Fabrik Hillegeist).

Achtung, Maurer! Ueber den Bau der Gas-Anstalt in Salzwedel ist, weil nicht nach dem Lohntarif gearbeitet wird, die Sperre verhängt. Der Zuzug ist fernzuhalten. — Gleichfalls ist der Zuzug nach Hannover Lohndifferenzen halber fernzuhalten.

Bescheidenheit der Gastwirthe gegenüber ihren Angestellten. Es wird bald noch so weit kommen, daß die armen ausgebeuteten Gastwirthsangestellten, Kellner, Kellnerinnen, Hausknechte 2c. nicht nur keinen Lohn mehr bekommen, sondern daß sie noch für die Gnade (sich nach Kräften ausbeuten zu lassen) bezahlen müssen. Die Angestellten sind in ihren Einnahmen ganz auf die Gnade der trinkgeldgebenden Gäste angewiesen, sie müssen davon auch noch an den mit Gratisarbeitern arbeitenden Unternehmer abgeben. In dieser Richtung ist folgende an eine stellesuchende Kellnerin gerichtete Postkarte bezeichnend:

„Dresden-A., 14. August 1894.
Kreuzstraße 21.

Suche zu baldigem Antritt eine junge, hübsche, anständige Kellnerin, dieselbe ist ohne Gehalt in Stellung und hat für Krankenkasse und Reinigung der Lokalitäten täglich 20 Pfg. zu entrichten.

Achtungsvoll

E. Martin,
Münchner Hof."

Wahrhaftig, die „Bescheidenheit" der Herren Wirthe kennt keine Grenzen.

Ueber den Streik der schottischen Grubenarbeiter schreibt unserem Dortmunder Parteiorgan ein deutscher Bergmann unterm 17. August aus Muirkirk: Gestern fand eine Delegirten-Konferenz in Glasgow statt. 80 Delegirte waren anwesend, welche 69 602 Bergleute vertraten, davon stimmten 26 Delegirte, Vertreter von 14 826 Mann für 6 Pence Zulage pro Schicht und 60 Delegirte, Vertreter von 54 776 Bergleuten für 1 Schilling Zulage. Also mit 39 950 Majorität wurde die Forderung von 6 Pence verworfen. Die Angaben der bürgerlichen Blätter sind unwahr, auch ist noch Niemand zur Arbeit zurückgekehrt. Der Streik dauert unverändert fort. Leider ist die Angabe über die mangelhafte Unterstützung und über die Noth, die unter den Streikenden herrscht, nur zu wahr, aber trotzdem spricht Niemand von Wiederaufnahme der Arbeit, es scheint, je größer die Noth, desto zäher der Kampf! In Muirkirk ist eine Volksküche errichtet worden, die Bürger thun, was sie können, um die Noth zu lindern. Der evangelische Pastor erklärte in der Versammlung, er wolle Alles hergeben, was er besitze, und forderte die Bürger auf, seinem Beispiel zu folgen. Da wird kein Wort von Unterwerfen gesprochen. Wie ganz anders verhalten sich die Geistlichen in Deutschland! Ein großer Farmer, der bei dem Sammeln für die Streikenden nichts gegeben hat, hat seine Butter und Milch nicht mehr verkaufen können. Nach 14 Tagen roch er endlich den Braten. Er schickte schleunigst 100 Schilling an's Streikkomitee. Ebenso ist es zweien Geschäftsleuten gegangen. Man ersieht daraus, welche Macht die Arbeiter haben, wenn sie nur einig sind. Welche Ausbeuter unsere Grubenbarone sind, das geht daraus hervor, daß sie im vorigen Jahre 30 Prozent Dividende vertheilt haben, während sie gleichzeitig den Arbeitern den niedrigsten Lohn zahlten, der je in Schottland gezahlt worden ist. Das ist in der letzten Versammlung den Leuten vor Augen geführt worden und die Bergleute haben nicht wenig gestaunt über ihre arbeiterfreundlichen „Brodgeber", über welche jetzt nicht allzu schmeichelhafte Urtheile laut werden. Für alle die Noth, die jetzt unter dem Volke herrscht, werden die Grubenbarone verantwortlich gemacht und überall hört man nur die Worte: „Der Streik muß unbedingt gewonnen werden!" Wir wollen das Beste hoffen.

Die Großh. Badische Fabrikinspektion veranlaßt gegenwärtig, wie die „Bad. Korr." erfährt, bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern Erhebungen hinsichtlich der Wahrnehmungen, die in Bezug auf die Durchführung und die Wirkungen der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen (§ 137 der Gewerbe-Ordnung) bis jetzt gemacht worden sind; ob diese Beschränkung insbesondere zu Entlassungen von Arbeiterinnen geführt und auf die Löhne und die Arbeitsleistung der Arbeiterinnen einen Einfluß ausgeübt hat. Ferner soll ermittelt werden, ob die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen und die Löhne der männlichen Arbeiter beeinflußt hat, in welchem Umfange Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen besorgen, den Antrag gestellt haben, eine halbe Stunde vor Mittagspause entlassen zu werden (§ 137 Abs. 4) und ob Fälle bekannt geworden sind, in welchen die Arbeiterinnen aus der Stellung des Antrags Nachtheile erwachsen sind, oder in welchen die Arbeiterinnen aus Besorgniß vor Nachtheilen die Stellung des Antrags unterlassen haben.

Ueber die Lage der Ziegeleiarbeiter sagt der Gewerbeinspektor eines niederrheinischen Inspektionsbezirks in seinem Berichte Folgendes: „Die Ausnutzungs der Arbeitskraft der Kinder und jungen Leute ist eine so unmenschliche, ihre Lebensweise eine so traurige, daß eine Aenderung mit allen gesetzlichen Mitteln versucht werden muß. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß in diesem langen und regenlosen Sommer die Kinder und jungen Leute in einigen Ziegeleien täglich mindestens 16—17 Stunden beschäftigt worden sind. In vielen Fällen wird zum Kaffeetrinken und Brodessen die Arbeit nicht unterbrochen, den Kindern wird buchstäblich der Bissen bei der Arbeit in den Mund gesteckt." — Der Inspektor sagt uns nichts Neues, sondern nur das, was wir schon oft genug in schärfster Weise gerügt haben; aber es ist genug, wenn es von solchen Personen amtlich bestätigt wird.

Aus Nah und Fern.

An dem Hochzeitstage seines Vaters erhängt hat sich am Sonnabend Nachmittag in Berlin der 16jährige Max K., der Sohn eines in der Lothringerstraße wohnenden Kaufmanns. Vor Jahresfrist war die Frau des Letzteren gestorben und Herr K. verlobte sich vor wenigen Monaten mit einer in der Memelerstraße wohnenden Wittwe. Der junge Mann sah der Wiederheirathung des Vaters mit großem Verdruß entgegen, und so war das Verhältniß zwischen Vater und Sohn in letzterer Zeit ein recht unerquickliches. Schließlich erklärte Max K., daß, falls der Vater die neue Heirath eingehe, er sich das Leben nehmen müsse. Als das neuvermählte Paar Mittags in die Wohnung zurückkehrte, fand es den jungen Menschen, an einem in die Wand eingeschlagenen Nagel hängend, bereits leblos vor. Erst nach dreiviertelstündigen Bemühungen eines hinzugerufenen Arztes gelang es, den Bewußtlosen wieder in's Leben zurückzurufen; Max K. wurde nach einem Krankenhause geschafft, doch ist es fraglich, ob es gelingen wird, den jugendlichen Selbstmordkandidaten am Leben zu erhalten.

Brandenburg. In der Affaire des Generallieutenants z. D. Kirchhof steht nach den „Potsd. Nachr." demnächst wieder ein neuer Prozeß bevor. Am 21. April 1892 hatte bekanntlich gegen den Redakteur der sozialdemokratischen „Brandenburger Ztg.", Ferdinand Ewald, vor der Strafkammer Termin wegen Beleidigung der höheren Offiziere der Garnison Brandenburg, die durch eine am 10. Februar 1892 veröffentlichte Notiz über das Verschwinden der Tochter eines höheren Offiziers und eines Offiziersburschen begangen sein sollte, angestanden, in welchem Ewald zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. In diesem Termin wurden nun der Handschuhmacher H. Paasch und der Restaurateur G. Schneider von hier als Zeugen vernommen, welche s. Z. Ewald Mittheilung von dem Gerücht über die Tochter des Generals Kirchhoff 2c. gemacht hatten. Sie hatten diese Mittheilung von dem Kellner Steffer, der als Soldat Bursche bei Generallieutenant Kirchhof war, erhalten und Steffer wurde deshalb gleich als Zeuge vernommen, gab aber eine sehr schwankende und unsichere Aussage ab. Steffer wurde später, weil er die betr. Mittheilungen an Paasch und Schneider gemacht, vom Kriegsgericht zu einer längeren Gefängnißstrafe verurtheilt. Der Generallieutenant Kirchhoff hat aber nunmehr auch gegen Paasch und Schneider Strafantrag wegen Beleidigung (üble Nachrede) gestellt und zwar behauptet er, daß er erst am 20. Oktober v. J., also ein halbes Jahr nach dem Termin gegen Ewald, von den Aussagen derselben Kenntniß erhalten hat. Zu der Verhandlung gegen Paasch und Schneider, welche demnächst vor der hiesigen Strafkammer stattfindet, sind Ewald und Generallieutenant Kirchhof als Zeuge geladen.

Wien. (Großstadtelend.) Auf Krücken gestützt, humpelt mühselig ein junger Bursche in den Verhandlungssaal des zweiten Bezirkes. Der fehlende Fuß, die ganze Erscheinung des Angeklagten läßt nicht unschwer errathen, wessen er beschuldigt erscheint. — Richter: Sie, Johann Scherer, sind angezeigt worden, daß Sie auf der Praterstraße Passanten angebettelt haben. — Angekl.: Ich leugne es nicht, Herr Richter. Doch was soll ich thun? — Richter: Wann verloren Sie den einen Fuß? — Angekl.: Als Lehrling in einer Fleischselcherei fiel mir ein Hackmesser auf's Bein, das mir ganz abgenommen werden mußte. — Richter: Wovon leben Sie jetzt? — Angekl.: Ich verdiene mitunter durch leichtere Arbeiten 2 bis 3 Gulden wöchentlich. — Richter: Das ist allerdings nicht viel. — Angekl.: Für mich wäre es genug; aber ich muß davon noch meine kranke Mutter unterstützen. — Richter: Sie verdienen gewiß das größte Mitleid, aber ansprechen dürfen Sie die Passanten nicht! — Angekl.: Ich hatte damals Hunger, und der, Herr Richter, thut weh! — Richter: Ihre Erscheinung spricht mehr, als Ihre Worte zu sagen vermögen, und der Wiener hat ein gutes Herz. — Der Angeklagte giebt weiter auf Befragen des Richters, ob er denn nicht, als nach Wien zuständig, von der Gemeinde eine Unterstützung bekomme, an, daß er vor Einverleibung der Vororte mit Wien von der Gemeinde Rudolfsheim monatlich 3 Gulden bekommen habe, seitdem erhalte er jedoch nichts mehr. Der Richter, Adjunkt Dr. Mraczek, ertheilte dem Angeklagten den Rath, sich an das Armen-Departement der Kommune zu wenden. Im Uebrigen mußte er dem Gesetze Genüge thun und verurtheilte Scherer zu 24 Stunden Arrest. Der Angeklagte bat um einen kurzen Strafaufschub, da er bis Sonnabend noch etwas verdienen müsse.

---

und Passionen nachgebe, die ihm viel Geld kosteten. Da man ihn aber fürchtete, und seine Noblesse bei gewissen Gelegenheiten bekannt war, so raunte man sich die üblen Dinge, die man über ihn erfuhr, nur leise zu. So kam es, daß weder Urban noch dessen Frau irgend etwas von seinem bedenklichen Lebenswandel erfuhren und um so weniger Verdacht schöpften, als er sich thatsächlich nie eine Unpünktlichkeit oder Vernachlässigung seiner geschäftlichen Pflichten zu Schulden kommen ließ.

Wenn Franz des Abends von seiner Braut Abschied genommen hatte, so suchte er die Bierkneipen auf oder die zahlreichen Vergnügungslokale Berlins, in denen der jungen Männerwelt Zerstreuungen jeder Art geboten werden. Ja, eines Abends nahe an Mitternacht wollte man ihn in Gesellschaft von Fräulein Irma, einer bei den Studenten des Viertels sehr beliebten Biermammsell im Café Bauer erblickt haben. Als das einer der Kommis im Kontor erzählte, meldeten sich sofort einige Kollegen, die schon längst von dieser Liebschaft Kenntniß haben wollten. Man fand das aber für einen noch unverheiratheten jungen Mann in Berlin so selbstverständlich, daß man sich nur witzige Bemerkungen über diese neueste Entdeckung erlaubte und im Uebrigen den Glücklichen um sein ungebundenes Leben beneidete.

Durch diese Abwege gerieth Franz in Schulden, die er ohne Bedenken bei einem Wucherer entrirte und die sich immer mehr aufhäuften. Wußte man doch, daß er mit einem vermögenden Mädchen aus guter Familie verlobt war, und daß er eines Tages die acceptirten Wechsel prompt werde einlösen können. Was ihn selbst anbetraf, so machte er sich über diesen Punkt durchaus keine Vorwürfe. Der Tag der Hochzeit stand vor der Thür, die Schuld würde dann rechtzeitig getilgt werden. Der furchtbar hohen Zinsen wegen, die er immer zahlen mußte, wünschte er aber die Eheschließung sobald als möglich herbei.

Er hatte soeben zum vierten Male einen kleinen Taschenspiegel hervorgeholt und sich in ihm von allen Seiten betrachtet, als der Kontorbote eintrat und ihm die Mittheilung überbrachte, daß der „Herr Chef" ihn zu sprechen wünsche.

„Mein lieber Timpe", redete ihn Urban an, als er dessen Arbeitszimmer, das an der anderen Seite des großen Kontors lag, betreten hatte, „nehmen Sie bitte Platz. Ich kann Ihnen die angenehme Mittheilung machen, daß meine Frau und ich beschlossen haben, den Hochzeitstag endgültig auf den fünften Januar festzusetzen. Freuen Sie sich, he? Die Geschichte macht sich, was?"

Er legte seinem Prokuristen die Hand auf die Schulter und blickte ihn über die Brille hinweg pfiffig an. Franz freute sich in der That; aber er war so überrascht, daß er zum ersten Male seit langer Zeit die halb ironischen Höflichkeitsphrasen anzuwenden vergaß und ganz verlegen seinen Dank hervorbrachte.

Und Urban, dem diese Verlegenheit ersichtliches Amüsement bereitete, fuhr fort:

„Wir werden keine große Hochzeit machen, sondern ein einfaches Diner veranstalten. Wir haben dabei in erster Linie auf Sie Rücksicht genommen, um Ihnen manche Unannehmlichkeiten von Seiten ihrer Eltern zu ersparen . . . Ich liebe überhaupt diese großen Täfeleien nicht, wo Hinz und Kunz sich auf General-Unkosten satt essen. Wir werden ganz unter alten Bekannten sein, von denen nun einmal Frau Urban sich nicht zu trennen vermag. Ich habe diese Leute sozusagen mitgeheirathet und muß hin und wieder ihre Gegenwart über mich ergehen lassen. Sie werden die Häberleins, die Rosés und die Ramms vorfinden — Leute, die längst in Ihre Verhältnisse eingeweiht sind . . . . Eine Hochzeitsreise steht Ihnen natürlich frei, aber Ich würde Ihnen rathen, dieselbe lieber im Sommer zu machen. Sie frieren dann weniger. — Sie gehen dann meinetwegen nach der Schweiz oder Süd-Tirol."

Er schwieg eine Weile, klopfte dann dem glücklichen Timpe junior abermals, und zwar etwas kräftiger als vordem, auf die Schulter und sagte wieder:

„Und das Schönste ist, Sie werden mein Kompagnon werden. Es ist besser so, das Geld bleibt in der Familie. Selbstverständlich wenn Sie wollen. Die Geschichte macht sich, he?"

Franz begnügte sich Minuten lang mit einer stillen Verwunderung. Das plötzliche, greifbare Glück hatte ihn stumm gemacht. Da lag die goldene Perspektive vor ihm, mit all ihrem märchenhaften Zauber, in dem er bereits als Jüngling in Gedanken geschwelgt hatte. O, was hatte das Schicksal beschlossen, aus ihm zu machen! Er, der in der alten Ruine geboren worden war, da drüben, er sollte der Kompagnon von Ferdinand Friedrich Urban werden? Und ganz von diesem Taumel ergriffen, vergaß er die reservirte Haltung, die er in der letzten Zeit Urban gegenüber angenommen hatte, ergriff voller Unterwürfigkeit dessen Hand und preßte einen Kuß darauf. (Forts. folgt.)

Litterarisches.

Der Hochverraths-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. 7. Heft. SS. 289 bis 336. 8°. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts. Das Heft enthält unter anderem die Rede Bebel's in Plauen, in welcher er im Gegensatze zu dem von Max Hirsch vertretenen Standpunkte die Auffassung der Sozialdemokratie begründet, und die historische Entwicklung unserer Produktionsweise dargelegt wird. Hierauf folgen interessante Kreuzverhöre, denen der Vertreter der Polizeibehörde und andere Gegner unserer Partei unterzogen wurden. Sehr interressant ist das vom Präsidenten verlesene Flugblatt: Forderungen des Volkes im Augenblick der Revolution und die Aussagen Liebknechts über dasselbe. Von besonderer Bedeutung sind ferner die Vernehmungen über die internationale Arbeiterassoziation.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Druck und Verlag: Fried. Meyer & Co., beide in Lübeck Große Altefähre 35 37